



## 64. Sitzung, Dienstag, 23.04.2024

—

Magdeburg, Landtagsgebäude

<b>Eröffnung</b> .....	3	Kristin Heiß (Die Linke) .....	4
		Michael Richter (Minister der Finanzen).....	5
		Kristin Heiß (Die Linke) .....	5
		Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	6
<b>Tagesordnungspunkt 32</b>		Kristin Heiß (Die Linke) .....	6
<b>a) Wahl einer Schriftführerin gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages (GO.LT)</b>		Michael Richter (Minister der Finanzen).....	6
		Juliane Kleemann (SPD).....	7
Wahlvorschlag Fraktion Die Linke - Drs. 8/4046		Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt).....	7
<b>b) Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages (GO.LT)</b>		Konstantin Pott (FDP).....	8
		Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	8
Wahlvorschlag Fraktion CDU - Drs. 8/4047		Dorothea Frederking (GRÜNE).....	10
		Rainer Robra (Staats- und Kulturminister).....	10
		Dorothea Frederking (GRÜNE).....	11
		Rainer Robra (Staats- und Kulturminister).....	12
Änderungsantrag Fraktion CDU - Drs. 8/4056 .....	3	Carsten Borchert (CDU).....	12
		Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	13
<b>Tagesordnungspunkt 1</b>		Carsten Borchert (CDU).....	16
<b>Befragung der Landesregierung gemäß § 45a GO.LT</b>		Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	16
		Matthias Lieschke (AfD) .....	17

Michael Richter (Minister der Finanzen).....	17	Rainer Robra (Staats- und Kulturminister).....	25
Matthias Lieschke (AfD).....	18	Daniel Roi (AfD).....	32
Michael Richter (Minister der Finanzen).....	18	Rainer Robra (Staats- und Kulturminister).....	33
Matthias Lieschke (AfD).....	18	Tobias Rausch (AfD).....	33
Nicole Anger (Die Linke).....	19	Holger Hövelmann (SPD).....	39
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	19	Jan Scharfenort (AfD).....	41
Nicole Anger (Die Linke).....	19	Holger Hövelmann (SPD).....	42
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	19	Wulf Gallert (Die Linke).....	43
Nicole Anger (Die Linke).....	19	Andreas Silbersack (FDP).....	46
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	19	Tobias Rausch (AfD).....	48
Nicole Anger (Die Linke).....	19	Andreas Silbersack (FDP).....	48
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	19	Dorothea Frederking (GRÜNE).....	49
Nicole Anger (Die Linke).....	20	Markus Kurze (CDU).....	51
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	20	Wulf Gallert (Die Linke).....	54
Elrid Pasbrig (SPD).....	20	Markus Kurze (CDU).....	55
Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport).....	21		
Andreas Silbersack (FDP).....	22	<b>Tagesordnungspunkt 30</b>	
Sven Schulze (Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten).....	23	Beratung	
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	23	<b>Internationaler Jugendaustausch muss selbstverständlich werden</b>	
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt).....	24	Antrag Fraktion Die Linke - <b>Drs. 8/4033</b>	
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	24	Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und FDP - <b>Drs. 8/4076</b>	
Michael Richter (Minister der Finanzen).....	25	Monika Hohmann (Die Linke).....	56
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	25	Eva Feußner (Ministerin für Bildung).....	59
Michael Richter (Minister der Finanzen).....	25	Dr. Katja Pähle (SPD).....	60
		Hendrik Lange (Die Linke).....	61
		Dr. Katja Pähle (SPD).....	61
		Gordon Köhler (AfD).....	62
		Jörg Bernstein (FDP).....	63
		Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE).....	64
		Carsten Borchert (CDU).....	65
		Monika Hohmann (Die Linke).....	67
		Abstimmung.....	68
<b>Tagesordnungspunkt 2</b>			
<b>Sachsen-Anhalt wählt ein starkes Europa!</b>			
Regierungserklärung Landesregierung - <b>Drs. 8/4028</b>		<b>Schlussbemerkungen</b> .....	68

Beginn: 15 Uhr.

## Eröffnung

### Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 64. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der achten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Ich komme zu den Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung. Mit Schreiben vom 17. April 2024 bat die Landesregierung für die 30. Sitzungsperiode darum, folgende Mitglieder zu entschuldigen: und zwar das Mitglied der Landesregierung Herrn Rainer Robra für den morgigen Sitzungstag ab 12 Uhr aufgrund der Teilnahme an der Sitzung des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien als Sachverständiger.

Der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff und das Mitglied der Landesregierung Prof. Dr. Armin Willingmann bitten ihre Abwesenheit für den dritten Sitzungstag zu entschuldigen.

*(Unruhe)*

- Ich würde Sie bitten, die Lautstärke ein bisschen einzudämmen und die Gespräche einzustellen, damit Sie wissen, wer wann nicht anwesend ist. - Die Genannten bitten darum, ihre Abwesenheit für den dritten Sitzungstag ab 15:30 Uhr bzw. 16 Uhr zu entschuldigen. Sie nehmen an der Vorkoordinierung der 1043. Sitzung des Bundesrates am 26. April 2024 in Berlin teil.

Zur Tagesordnung selbst. Ihnen liegt die Tagesordnung vor. Gibt es Widerspruch gegen die Tagesordnung? - Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen worden.

Die morgige Sitzung und die übermorgige Sitzung beginnen bereits um 8:30 Uhr. Als kleiner Hinweis: Wir starten also ein bisschen früher in den Tag.

Heute starten wir ohne Gebärdendolmetscher, weil diese aufgrund der Kurzfristigkeit der Einberufung der Landtagssitzung heute nicht verfügbar sind. Das heißt, die drei Stunden werden ohne Gebärdenübersetzung abgehalten. Für morgen ist deren Einsatz wieder geplant.

Wir kommen zum ersten Tagesordnungspunkt, also zu

### Tagesordnungspunkt 32

#### a) Wahl einer Schriftführerin gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages (GO.LT)

Wahlvorschlag Fraktion Die Linke - **Drs. 8/4046**

#### b) Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages (GO.LT)

Wahlvorschlag Fraktion CDU - **Drs. 8/4047**

Änderungsantrag Fraktion CDU - **Drs. 8/4056**

Nach dem Rücktritt der schriftführenden Mitglieder der Fraktion der AfD hat sich der Ältestenrat in seiner Sitzung, die in der vergangenen

Woche stattfand, darauf verständigt, diese entstandene Vakanz dahingehend zu überbrücken, dass die Fraktion Die Linke und die Fraktion der CDU zusätzliche schriftführende Mitglieder des Landtages zur Wahl vorschlagen, damit wir wieder auf die obligatorische Zahl von zwölf kommen.

Sobald die Fraktion der AfD von ihrem Vorschlagsrecht zur Wahl von drei schriftführenden Mitgliedern des Landtages wieder Gebrauch macht, haben die heute zur Wahl stehenden Abgeordneten in Aussicht gestellt, ihre Ämter niederzulegen, sodass wir also an der Stelle keinen Verstoß gegen die Geschäftsordnung haben. - So.

Wir kommen zu den Mitgliedern. Die folgenden Mitglieder stehen für das Amt als Schriftführerin oder Schriftführer zur Wahl. Für die Fraktion Die Linke Frau Kerstin Eisenreich, für die CDU-Fraktion Herr Sven Czekalla und Herr Sven Rosomkiewicz.

Wir können jetzt mit Handzeichen wählen. Mir liegt kein Widerspruch vor. Gibt es jetzt noch einen Widerspruch? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Dann können wir abstimmen.

Zuerst stimmen wir ab über den Wahlvorschlag in der Drs. 8/4046, also über Frau Eisenreich. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen oder Kartenzeichen. - Das ist das ganze Hohe Haus. Einstimmig.

Dann kommen wir zum Abstimmungsverfahren über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drs. 8/4056. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das ganze Hohe Haus. Dann ist das geändert worden. Diese Namen sind gewechselt worden.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Gesamtvorschlag der CDU. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das gesamte Hohe Haus. Damit kann ich die drei Schriftführer zur ihrer Wahl beglückwünschen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Ich hoffe weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, der obligatorischen Befragung der Landesregierung.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Befragung der Landesregierung gemäß § 45a GO.LT**

Zuerst hat das Fragerecht die Fraktion Die Linke. - Frau Heiße, bitte.

#### **Kristin Heiße (Die Linke):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - In den vergangenen Tagen haben wir aus der Presse erfahren, dass das Uni-Klinikum Magdeburg zu einem Zentralklinikum ausgebaut werden soll. Das Vorhaben soll von der Immobilien- und Projektmanagementgesellschaft des Landes mit einer Kreditaufnahme bzw. einer finanziellen Transaktion in Höhe von 1,1 Milliarden € umgesetzt werden. Hinzu kommt, dass die angekündigte Krankenhausreform des Bundes und die entsprechenden Bundesgesetze von der Landesregierung bisher abgewartet werden.

Was bedeutet also diese Standortentscheidung für die Perspektive der Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt, die bisher ohne Gesamtkonzept für die Gesundheitsversorgung im Land aufgestellt wurde?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Der Finanzminister. - Bitte.

*(Unruhe)*

- Könnt ihr hinten einmal die Gespräche einstellen. Das stört gerade irgendwie.

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Darf ich?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ja, Sie selbstverständlich.

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Danke. - Ich fange einmal mit der IPS an. Zum Thema der Rolle der Uni-Kliniken im Rahmen der Krankenhausplanung müsste dann Petra Grimm-Benne sprechen. Es ist zutreffend, dass heute die Landesregierung, also das Kabinett, beschlossen hat, die Uni-Klinik in Magdeburg zu sanieren und, um es deutlich zu sagen, Frau Heiß, zu einem Zentralklinikum umzubauen.

Für Sie der Hintergrund: Die Uni-Klinik ist dezentral aufgebaut mit sehr vielen alten Bauten, die in einem schwierigen Zustand sind und

sanieren werden müssten. Wir gerieten deshalb in die Situation, dass wir tatsächlich die Entscheidung treffen mussten, sie zu einem Zentralklinikum umzubauen, weil der Brandschutz und andere Themen eine Rolle spielen und darüber hinaus aufgrund der dezentralen Struktur insgesamt rund 20 Millionen € jährlich an Kosten anfallen infolge der Situation, dass Patienten hin- und hergefahren werden müssen und vieles mehr. Deshalb fiel sowohl diese Entscheidung als auch die Entscheidung, das über die IPS zu machen.

Wir werden das Ganze am 22. Juni 2024 im Finanzausschuss haben. An diesem Tag wird sich auch der Finanzausschuss dazu äußern und das Ganze sicherlich auch zur Beschlussfassung vorgelegt bekommen, um dann zu schauen, wie wir dann insgesamt hierbei weitermachen können.

Zu der Rolle der Uni-Kliniken, sowohl im Süden als auch im Norden, sowie zur Ausstrahlung in die Fläche wird sicherlich Petra Grimm-Benne etwas sagen. Das Ganze wird in Verbindung mit dem Krankenhausplan und sicherlich auch mit den Reformen, die im Augenblick in Berlin anstehen und bei denen die Uni-Kliniken eine entsprechende Rolle einnehmen, geschehen.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Es gibt bestimmt eine Nachfrage.

**Kristin Heiß (Die Linke):**

Die Frage ist noch offen. Sie ist ja noch nicht beantwortet worden. Frau Grimm-Benne versucht es.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Okay.

*(Ministerin Petra Grimm-Benne: Ich habe schon so gewartet!)*

- Okay, alles super.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Frau Heiß, sowohl in dem Referentenentwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes als auch in unserem PD-Gutachten kommt beiden Uni-Klinika auch nach der Krankenhausreform eine bedeutende Rolle hinsichtlich der dreigestuften Versorgung - so will ich es nennen - und auch hinsichtlich der Umlandfunktion zu. Deswegen passt auch diese heutige Entscheidung des Kabinetts, die jetzt auch im Aufsichtsrat hinsichtlich der Ertüchtigung des Uni-Klinikums Magdeburg für diese Rolle getroffen worden ist, sehr wohl dazu.

Sie wissen, sie übernehmen jetzt schon eine Umlandfunktion, weil bestimmte Abteilungen in der näheren Umgebung, seien es die Kinder- und Jugendmedizin oder bestimmte andere spezielle Bereiche, tatsächlich mit versorgt werden müssen. Deshalb denke ich, dass das in diese Krankenhausreform hineinpasst.

Ich sage noch das Folgende, weil Sie vorhin von einem unkoordinierten Verfahren gesprochen haben. Wenn Sie sich die Empfehlungen des PD-Gutachtens genau angucken, dann stellen Sie fest, dass wir diesen Empfehlungen folgen. Das bedeutet genau das, was ich Ihnen jetzt gerade gesagt habe.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke.

**Kristin Heiß (Die Linke):**

Ich habe noch eine Nachfrage, Herr Präsident.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Na klar.

**Kristin Heiß (Die Linke):**

Ich glaube, dass der Finanzminister antworten müsste. Daher wäre es gut, wenn zuhören würde.

Wenn der Umbau des Universitätsklinikums mit finanziellen Transaktionen stattfindet, dann darf sich das Gesamtvermögen des Landes dadurch nicht verändern. Soll das Uni-Klinikum Magdeburg dann privatisiert werden, um die Kredite, die dann aufgenommen werden, tilgen zu können? Oder sieht die Landesregierung das Uni-Klinikum in der Lage, die Kredite und Zinsen mit marktüblichen Mieten abzugelten?

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Frau Heiß, eine Privatisierung der Uni-Klinik steht überhaupt nicht an. Es ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Refinanzierung wird sicherlich über einen längeren Zeitraum laufen. Oder anders gesagt: Die Maßnahmen dort und die Gebäude befinden sich im Vermögen der IPS. Damit kommt es zu einer Vermögensmehrung und die Refinanzierung läuft nachher über Mieten.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. Es gibt keine weitere Nachfrage. - Dann kann die SPD-Fraktion einsteigen.

**Juliane Kleemann (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - In diesen Tagen läuft in Hannover die große Messe. Wir sind in diesem Land an unterschiedlichen Stellen vor große Transformationsaufgaben gestellt worden. Gerade die klimafreundliche Transformation in der Wirtschaft ist ein sehr brennendes Thema und ein viele Menschen auch sehr interessierendes Thema. Es geht darum, wie wir in unserer Wirtschaft energieeffizienter produzieren und wie wir künftig erneuerbare Energien, vor allen Dingen auch grünen Wasserstoff, besser nutzen können.

Ich frage vor diesem Hintergrund die Landesregierung und hier insbesondere den Energieminister, inwieweit das Land Investitionen der Unternehmen in energieeffiziente und klimaneutrale Produktionen fördert, was da auf dem Plan steht und wie wir das einzuschätzen haben. - Vielen Dank.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Willingmann, bitte.

**Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt):**

Herr Schellenberger, schönen Dank. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich antworte gern auf die Frage von Frau Kleemann.

Energizing a sustainable Industry - so überschreibt die Hannover-Messe in diesem Jahr ihr Thema. Sie zeigt uns, dass es tatsächlich um eine zukunftsgewandte transformierte Wirtschaft geht. Sachsen-Anhalt stellt sich dort sehr eindrucksvoll vor. Ich hatte gestern die Gelegenheit, unseren Gemeinschaftsstand des Landes Sachsen-Anhalt, der von der IMG organisiert und ausgesprochen professionell angelegt wurde sowie mit einem sehr breiten Portfolio unterschiedlicher Unternehmen ausgestattet ist, kennenlernen zu können. Solar Materials, ein typisches Unternehmen aus Sachsen-Anhalt, aus dem Großraum Oschersleben, stellt dort bspw. vor, wie man Solarpanele recyceln kann. Das ist eine ganz großartige Geschichte. Die machen das als eines von zwei Unternehmen überhaupt im Lande und sind hoch dynamisch. Das gilt eben auch für viele andere, die dort sind.

Allerdings wissen wir eben auch, dass ein erheblicher Investitionsbedarf bei den Unternehmen unseres Landes besteht, wenn es um die Transformation geht, also wenn es um die Herrichtung von industriellen Anlagen und von Fertigungs- und Produktionsstätten und Ähnlichem geht.

Dazu haben wir am letzten Donnerstag tatsächlich ein Programm aufgelegt, das Programm „Sachsen-Anhalt Energie“ mit einem Volumen von rund 42 Millionen €. Dieses richtet sich an Unternehmen, und zwar unterschiedlicher Größe. Bei kleinen Unternehmen beträgt die Förderquote bis zu 50 %, bei den sehr großen endet diese bei 20 %. Jedenfalls kann man bis zu 1 Million € an Unterstützung erlangen, wenn es um die Frage geht: Wie kann ich meinen Produktionsprozess modernisieren, wie kann ich neue Gerätschaften an-

schaffen, um in einer transformierten Wirtschaft zu bestehen?

Wir haben schon seit Längerem auch das Thema Sachsen-Anhalts Zukunftsenergien. Dabei geht es vor allen Dingen auch um die Unterstützung von Ausbauten. Wir sind vor allen Dingen - das werden Sie mit Freude gehört haben - dabei, unser Wasserstoffnetz, unseren Teil am Wasserstoffkernnetz weiter auszubauen und damit die Voraussetzung zu schaffen, dass unsere Industrie in Sachsen-Anhalt tatsächlich von der zukünftigen Produktion von Wasserstoff bei uns im Lande, aber natürlich auch von importiertem Wasserstoff profitieren kann. Denn wir alle wissen: Dahin geht die Zukunft.

Ich bin sehr froh, dass wir in diesen Landtagsitzungen - heute durch Ihre Frage, morgen durch den Gesetzentwurf zur Akzeptanzsteigerung und Beteiligung und am Donnerstag durch einen Antrag zu Bürgerenergiegemeinschaften - an ganz unterschiedlichen Stellen Gelegenheit haben, über das zu reden, was energiepolitisch in den nächsten Jahren auf der Agenda steht. Die Landesregierung hat das jedenfalls fest im Blick. Die Koalition hat sich darauf verständigt, insbesondere den Umbau der Wirtschaft zu unterstützen, aber eben auch den Ausbau der Erneuerbaren. Darüber werden wir in diesen drei Tagen wiederholt Gelegenheit haben zu reden.

*(Beifall bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Minister. - Wir setzen fort mit der Fraktion der FDP. - Herr Pott, bitte.

**Konstantin Pott (FDP):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inzwischen liegt nach einiger Zeit der Referentenentwurf zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz vor. Er enthält zentrale Inhalte der geplanten Krankenhausreform der Ampelregierung.

Wie schätzt das zuständige Gesundheitsministerium diesen Entwurf und die damit geplanten Reformen ein? Wie werden die Auswirkungen auf das Land Sachsen-Anhalt eingeschätzt? Wie möchte sich die Landesregierung zu diesem Gesetz verhalten?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Frau Grimm-Benne, bitte.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

In der Tat, Herr Pott, liegt der Referentenentwurf seit Mitte April vor. Die Länder sind jetzt gebeten worden, bis zum 30. April eine Stellungnahme zu fertigen. Wir haben uns mit Frau von der Decken aus Schleswig-Holstein, die im Augenblick den GMK-Vorsitz innehat, entschlossen, dass wir eine gemeinsame Stellungnahme abgeben. Wir haben auch schon erste Punkte, die geeint sind. Im Augenblick machen alle Länder, A- und B-seitig, mit und haben in verschiedenen Punkten um bestimmte Nachbesserungen gebeten.

Der wichtigste Punkt ist, dass insbesondere das Vergütungssystem verändert werden soll.

Wir wollen wegkommen von den Pauschalen und davon, immer mehr Fälle zugrunde zu legen, um bestimmte DRG erreichen zu können. Denn im Referentenentwurf stehen im Augenblick nur die fünf Leistungsgruppen. Die Leistungsgruppen, die wir möglicherweise von Nordrhein-Westfalen übernehmen wollen - diese sind seitens der Länder zustimmungspflichtig, weil sie wirklich auf die Krankenhausplanung einwirken -, sind noch nicht gefertigt. Unsere Forderung ist, dass diese direkt in den Referentenentwurf kommen und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt in eine Verordnung. Denn wir müssen im Grunde genommen, wenn das herausgegeben worden ist, sofort anfangen, nach den Leistungsgruppen zu planen.

Wir haben den Vorteil, dass unser Gutachten - - Ich habe vorhin schon in Bezug auf die Frage von Frau Heiß gesagt, dass nach Leistungsgruppen von NRW geplant ist. Dann ist die Fragestellung - wir wollen unsere Krankenhausplanung behalten -, dass wir abweichend von den Gruppen Ausnahmen und Kooperationen zulassen können, damit wir notwendige Versorgung nach wie vor gewährleisten können. Das ist z. B. einer der Punkte, warum wir sagen und warum ich auch öffentlich gesagt habe: Wir brauchen etwas mehr Beifreiheit, um das für die einzelnen Länder zu beschließen.

Ein weiterer Punkt, der noch nicht geklärt ist, ist die Frage, welche Funktion oder welcher Begriff denn für die Fachkrankenhäuser vorliegt. Denn wir haben einige Krankenhäuser, die nicht über einen Leistungsmix verfügen, sondern sich z. B. nur auf die Parkinson-Krankheit oder auf die Geburtshilfe konzentriert haben.

Ein wichtiger Punkt für uns wie auch für alle anderen Ostländer ist, dass wir sagen: Wir können unsere Mindestfallmengen oder unsere Fallmengen nur dann erreichen, wenn wir auch Kooperationsmöglichkeiten haben und wenn wir Fachkräfte so bündeln können, dass wir auf beiden Seiten Qualität erreichen können. Das sind sehr, sehr wichtige Punkte, ein bisschen holzschnittartig dargestellt.

Ich würde empfehlen, die Pressemitteilung von Frau von der Decken als GMK-Vorsitzender nach unserer Beratung am letzten Mittwoch zu lesen, in der alle zwölf Punkte, die besonders wichtig sind und die schon gemeinsam mit den Ländern erarbeitet wurden, dargestellt werden.

Des Weiteren haben wir uns mit dem Bundesgesundheitsminister dahin gehend verständigt, dass wir bis zum Montag noch einmal eine Redaktionsgruppe einberufen, in der wir unsere Stellungnahme abstimmen. Darin ist im Augenblick selbstverständlich Schleswig-Holstein vertreten. Des Weiteren vertreten sind zwei A-Länder, nämlich Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern - Mecklenburg-Vorpommern verhandelt auch für die gesamten Ostländer; dazu gibt es noch ein Extrapapier -, und zwei B-Länder, das sind im Augenblick Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Wir wollen uns abschließend in einer Videokonferenz am 29. April - also ein Tag vor Ende der Stellungnahmefrist - verständigen. Das ist im Augenblick der Länderkanon.

Ich hatte bei einer öffentlichen Veranstaltung zur Krankenhausreform gesagt, dass das Bundeskabinett den Entwurf noch im April in das Kabinett einbringt. Jetzt sieht es eher so aus, dass der Referentenentwurf am 8. Mai beraten

werden soll. Wenn Sie die Pressekonferenz bei „Phoenix“ gesehen haben, dann haben Sie festgestellt, dass die gesundheitspolitischen Sprecher der regierungstragenden Fraktionen mit im Hintergrund waren. Sie haben gesagt, dass sie sehr eng mit einbezogen sind. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause beschlossen werden.

Das war ein kurzer Abriss. Ich würde Ihnen sonst gern im Sozialausschuss - ich glaube, wir führen am 15. Mai wieder eine Sitzung durch - die weiteren Entwicklungen darstellen. Bei den Stellungnahmen, die die Länder anfertigen, haken wir uns erst einmal unter. Wir haben keine alleinige erstellt, sondern sagen: Es hat mehr Kraft, das zusammen mit allen Bundesländern darzustellen. Das würde ich Ihnen auch noch zur Verfügung stellen. Aber Sie finden das auch im Netz.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Wir setzen fort mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Bitte.

**Dorothea Frederking (GRÜNE):**

Herr Staatsminister Robra hat sowohl in der letzten Landtagssitzung als auch am 19. April im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur erläutert, dass das Land Sachsen-Anhalt einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags zum 1. Januar 2025 - so, wie es die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten empfohlen hat - nicht zustimmen wird. Ähnlich hat sich auch Sachsens CDU-Medienminister Oliver Schenk äußert. Er will frühestens ab dem

Jahr 2027 einen neuen Rundfunkbeitrag festgesetzt sehen. Wie Herr Robra ausführte, geht er von einer Klage der Sendeanstalten beim Bundesverfassungsgericht aus, wenn der Beitrag nicht erhöht werden sollte.

Bedeutet das, dass die Landesregierung die Beitragserhöhung durch das Bundesverfassungsgericht erledigt sehen will, statt selbst einen Staatsvertrag zu verhandeln?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Minister Robra, bitte.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

**Rainer Robra (Staats- und Kulturminister):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Abg. Frederking, das ist eine sehr eigenwillige Sicht dessen, was ich gesagt habe. Kein Land ist in der Lage, rechtzeitig zum 1. Januar 2025 einen Staatsvertrag, der auf die Empfehlung der KEF zurückgreift, zu verabschieden. Das hängt von vielen objektiven Umständen ab, die ich bereits dargelegt habe und die auch Kolleginnen und Kollegen aus der Rundfunkkommission dargelegt haben. Das sind nicht nur die Wahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Thüringen und Sachsen, sondern das ist einfach auch die Erkenntnis, dass die Empfehlung der KEF auf Umständen beruht, auf einer Anmeldung der Anstalten beruht, die ihrerseits Rahmendaten zugrunde legen, die in absehbarer Zeit überholt sein werden, weil der Reformprozess dynamisch verläuft.

Um es ganz konkret und allgemein verständlich zu sagen: Wir wollen die Rundfunkbeitragszahler nicht von einer Ecke in die andere jagen und nicht heute Beitragserhöhungen beschließen, um morgen festzustellen, dass sie in dieser Höhe und in dieser Form gar nicht nötig sind, weil Reformmaßnahmen eben doch schon früher greifen können. Deswegen haben wir das Sondergutachten bei der KEF bestellt - das ist publiziert worden; das kann man nachlesen - und erwarten, dass die KEF sich damit auseinandersetzt. Diesbezüglich haben wir auch gar keine Sorgen, weil die KEF schon erklärt hat, dass sie diesen Auftrag gern erfüllen möchte. Dann werden wir weitersehen.

Nur: Das alles geht nicht in einem Zeitfenster, das sich schon im Dezember 2024 schließt. Außerdem kommen noch die Ratifikationen in den Ländern hinzu. Das muss man realistisch sehen. Niemand darf hierbei irgendjemanden überfordern. Deswegen ist sich die Rundfunkkommission, sind sich alle 16 Länder einschließlich Baden-Württemberg darin einig, dass wir das im Jahr 2024 nicht mehr abschließend festlegen können, sodass es zum 1. Januar 2025 wirksam werden kann.

Nein, wir wollen die Festsetzung des Beitrages nicht dem Bundesverfassungsgericht überlassen. Vielmehr soll das in der souveränen Entscheidung der Länder liegen. Der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag - auch das habe ich, glaube ich, im Ausschuss schon erwähnt - sieht gar keine Fristen vor, sondern regelt lediglich, dass die Rundfunkkommission auf der Grundlage der KEF-Empfehlung entscheidet - natürlich unverzüglich, ohne schuldhaftes Zögern, mit der gebotenen Beschleunigung, aber auch nicht so, dass am Ende etwas Unvernünftiges dabei herauskommt.

Aus den Anstalten hört man auf unterschiedlichen Ebenen, auch aus den dortigen Gremien, dass zumindest einige Anstalten noch vor Ablauf dieses Jahres das Bundesverfassungsgericht anrufen wollen. Dazu brauche ich mich nicht zu äußern. Das ist die souveräne Entscheidung der Intendantinnen und Intendanten sowie ggf. auch ihrer Gremien. Ich hielte eine solche Anrufung des Bundesverfassungsgerichts noch in diesem Jahr definitiv für verfrüht.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Es gibt eine Nachfrage? - Bitte.

**Dorothea Frederking (GRÜNE):**

Ich habe eine Nachfrage. Sie nannten die Zeitabläufe und die Reformen. Dazu lautet meine Frage: Mit welchen Maßnahmen und in welcher Zeit - - Ich frage jetzt ganz konkret. Sie sagten, den 1. Januar 2025 können wir nicht schaffen. Aber was ist denn zu schaffen? Herr Schenk stellt sich offensichtlich den 1. Januar 2027 vor.

Mit welchen Maßnahmen und in welcher Zeit will die Landesregierung erreichen, dass es keine Finanzierungslücken gibt und zu jedem Zeitpunkt für die Sendeanstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet ist, dass sie gemäß ihrem Auftrag auskömmlich finanziert sind? Denn sie haben die Bedarfe angemeldet. Dabei ist herausgekommen, sie brauchen diese 58 ct. Wenn diese nicht kommen, ist davon auszugehen, dass es Finanzierungslücken geben wird.

**Rainer Robra (Staats- und Kulturminister):**

Der Kollege Schenk hat bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt und publiziert - das ist auch bei den Medientagen Mitteldeutschland kürzlich in Leipzig deutlich geworden; die Anstalten haben, soweit sie anwesend waren, diesbezüglich auch gar nicht widersprochen -: Es gibt Rücklagen, und wenn der Rundfunkbeitrag in erhöhter Form nicht zum 1. Januar 2025 wirksam wird, dann können die Rücklagen angezapft werden.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie weit diese Rücklagen tragen. Ich halte den Zeithorizont von etwa zwei Jahren für rechnerisch gut nachvollziehbar. Vor allen Dingen dann, wenn die Anstalten schon heute mit dem Sparen beginnen, gestern mit dem Sparen begonnen hätten, kommen sie damit auch in dieser Zeit über die Runden.

Richtig ist allerdings - auch darüber hat der Kollege Schenk niemanden im Unklaren gelassen -, dass für den Fall, dass wir im Laufe der Jahre 2025 und 2026 keine spürbaren Einsparungen erwirtschaften können oder Rahmenbedingungen schaffen können, in denen diese Einsparungen realisiert werden können, die Fallhöhe 2027 höher wäre.

Das ist uns allen in der Rundfunkkommission sehr bewusst; wir achten darauf auch. Aber Sie überschätzen an dieser Stelle auch die Möglichkeiten eines einzelnen Landes, ganz für sich allein den anderen 15 Ländern Vorgaben zu machen.

Diese Frage könnten Sie ohne Weiteres über Ihre Fraktion in den Landesparlamenten den Kolleginnen und Kollegen der Rundfunkkommission ebenso stellen. Wir sind dabei auch immer im Geleitzug auf diejenigen angewiesen,

die etwas schneller sein oder eben auch die Dinge etwas langsamer vorantreiben wollen. Insofern kann Ihnen jetzt keinen Zeitstrahl liefern, der so verlässlich ist wie ein historischer Zeitstrahl, der auf Erfahrungswissen aus der Vergangenheit aufbaut. Das ist bekanntermaßen mit der Zukunft immer so ein Problem.

In diesem Sinne werden wir uns alle bemühen, so schnell wie möglich für Klarheit zu sorgen, aber immer auch die Belange der Beitragszahlenden und Beitragszahler gleichgewichtig mit denen der Rundfunkanstalten würdigen; denn wir brauchen Akzeptanz.

*(Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Robra. - Für die Fraktion der CDU spricht Herr Borchert.

**Carsten Borchert (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte liebe Frau Ministerin Grimm-Benne, wie einer Pressemitteilung von gestern zu entnehmen war, wollen Sie bis Ende 2024 das Bildprogramm „Bildung: elementar - Bildung von Anfang an“ für Kindergärten aktualisieren. Wir finden es sehr schön, dass Ihr Haus erkannt hat, dass das Programm „Bildung: elementar - Bildung von Anfang an“ viele Kinder weder zielgerecht auf die Schule vorbereitet noch für die Schulfähigkeit der einzuschulenden Kinder sorgt.

Die erste Teilfrage: Welche Lücken im Programm sollen mit dieser sogenannten Aktualisierung konkret geschlossen werden? In Ihrer Pressemitteilung heißt es - ich zitiere -:

„Das aktualisierte Bildungsprogramm soll allen Kindern unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Fähigkeiten bestmögliche Chancen eröffnen. Künftig werden Demokratie-, Umwelt-, Medienbildung, Vielfalt und Kinderrechte noch intensiver thematisiert.“

Zweite Teilfrage: Sollte man nicht bei der frühkindlichen Bildung eher darauf hinwirken, dass die Schulfähigkeit unserer künftigen Schülerinnen und Schulschüler hergestellt wird und diese vor Schuleintritt wieder die ersten Buchstaben schreiben, die deutsche Sprache sprechen und richtig mit der Schere schneiden können?

*(Zuruf von der AfD: Richtig!)*

Was soll die in Ihrer Pressemitteilung genannte hochwertige Bildung für Krippen, Kindergärten und Hortkinder sein? Wäre ein verpflichtendes Vorschuljahr im Kindergarten nicht besser geeignet, um die Kinder auf ihren Schuleintritt vorzubereiten?

*(Zuruf von der AfD: Sehr gute Frage!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Frau Grimm-Benne, bitte.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Sehr geehrter Herr Borchert, ich möchte mich ausdrücklich für die wirklich fachlich fundierten Fragen zum Bildungsprogramm bedanken. Ich glaube, sie kommen als sehr wertschätzend an bei den 18 000 Erzieherinnen und Erziehern, die dieses Bildungsprogramm mit erarbeitet haben.

*(Beifall bei der SPD - Zuruf von der Linken)*

Sachsen-Anhalt war das erste Land; im Jahr 2003 hat damals noch die Sozialministerin Gerlinde Kuppe ein sehr modernes Programm gemacht.

*(Guido Kosmehl, FDP: Nee!)*

- Doch! Gerlinde Kuppe hat im Jahr 2003 das Bildungsprogramm eingeführt.

*(Guido Kosmehl, FDP: Damals haben wir regiert!)*

- Gut.

*(Ministerin Dr. Lydia Hüskens: 2003!)*

- Aber sie hat es fortgeschrieben.

*(Lachen bei der FDP - Guido Kosmehl, FDP: Das ist richtig! - Weitere Zurufe)*

- Alles gut.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP - Weitere Zurufe)*

- Das finde ich ja noch viel schöner, dass Sie das Bildungsprogramm damals eingeführt haben,

*(Guido Kosmehl, FDP: Absolut!)*

wahrscheinlich noch unter Ihrem Sozialminister.

*(Zuruf von der FDP: Gerry Kley! - Guido Kosmehl, FDP: Genau!)*

Damit ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, der auf frühkindliche Bildung und nicht nur auf Betreuung und Erziehung achtet.

*(Guido Kosmehl, FDP: Richtig!)*

Diese bahnbrechende Idee der FDP ist dann --

*(Beifall bei der SPD und bei der FDP - Lachen bei und Zurufe von der FDP)*

Ja, man muss auch einmal sagen: Es war wirklich ein guter Gedanke zu sagen, das sind nicht nur einfach Kindereinrichtungen, in denen betreut wird, sondern Einrichtungen, in denen gebildet wird, und das von Anfang an. Das muss man zumindest honorieren.

*(Beifall bei der SPD und bei der FDP)*

Aber ich möchte Gerlinde Kuppe zuschreiben, dass sie auf jeden Fall eine Fortschreibung in Auftrag gegeben hat.

*(Guido Kosmehl, FDP: Absolut!)*

Jedenfalls hat es im Jahr 2013 das Bildungsprogramm in geänderter Fassung gegeben. Damals ist es evaluiert und fortgeschrieben worden. Wer damals schon im Parlament war, der weiß, dass Frau Rabe-Kleberg in aller Munde war,

*(Guido Kosmehl, FDP: Das stimmt! Absolut!  
- Dr. Katja Pähle, SPD, nickt)*

sie viele Anhörungen gemacht hat, viele Erzieherinnen und Erzieher aus Halle einbezogen und das Programm fortgeschrieben hat. Das ist übrigens jetzt hier gefestigt.

Dann will ich noch deutlich sagen: Als wir das Kinderförderungsgesetz mit der CDU novelliert haben, haben wir gesagt, dieses Bildungsprogramm ist es wert, in das Gesetz auf-

genommen zu werden, weil darin alle Handlungsempfehlungen enthalten sind, die Sie, Herr Borchert, auch genannt haben, nämlich zum Übergang von der Kita in die Grundschule, zu den manuellen Fertigkeiten, zu Bewegung und zu gesunder Ernährung. All diese Punkte sind enthalten und handlungsanleitend für die Erzieherinnen und Erzieher.

Damit das Bildungsprogramm nicht nur im Regal steht, haben wir mit Ihrer Fraktion darum gerungen, dass es als Rechtsverordnung zu unserem Kinderförderungsgesetz aufgenommen wurde.

Ich weiß, man liest nicht jeden Tag die Koalitionsvereinbarung. Aber wir haben geregelt: Das Bildungsprogramm ist in die Jahre gekommen; es gibt ganz verschiedene Punkte, bspw. Umweltbildung. Es gibt mittlerweile Wald-Kitas. Es muss fortgeschrieben werden.

Es gibt natürlich den Bereich Sprache und Kommunikation. Man möchte die Kinder insbesondere für die MINT-Berufe begeistern - das haben die Vertreter der Handwerkskammer gewünscht -, also für Mathematik, Naturwissenschaften und Technik. Deswegen haben wir in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass wir die Fortschreibung des Bildungsprogrammes in Auftrag geben, nämlich unter verschiedensten Gesichtspunkten, die von den Fachleuten benannt worden sind und die in ein modernes Bildungsprogramm gehören.

Das „Kompetenzzentrum Frühe Bildung“ - ich glaube, es ist fast in Ihrer Nähe, wenn man die Altmark betrachtet - der Fachhochschule Magdeburg-Stendal hat den Auftrag bekommen, Herr Prof. B., das Bildungsprogramm nicht nur zu evaluieren, sondern weiterzuentwickeln. Darüber habe ich mich gefreut und

habe diese Pressemitteilung herausgegeben. Dabei werden natürlich all die aktuellen Fragen diskutiert.

Herr Prof. B. hat es uns am 11. April 2024 - deswegen gibt es diese Pressemitteilung - im Haus vorgestellt und hat uns dann mitgeteilt, dass der Entwurf im Sommer fertig sein wird. Dann wird es natürlich der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Dann werden wir in verschiedenen Bereichen, mit den Erzieherinnen und Erziehern und mit den Kita-Leiterinnen insbesondere darüber beraten, wie wir das Bildungsprogramm tatsächlich noch besser machen können. - So viel zu Ihrer ersten Teilfrage.

Deswegen sage ich, die Lücken, die im Programm sind, kann ich hier nur holzschnittartig darstellen. Es gibt einen ganzen Bereich, den Herr Prof. B. in einer Powerpoint-Präsentation dargestellt hat, in dem es um noch mehr Punkte geht. Mir war es nur wichtig, die Wald-Kitas hervorzuheben, weil das eine Entwicklung ist, die auch von Abgeordneten hier im Landtag getragen wird.

Nun zur zweiten Frage, das verpflichtende Vorschuljahr. Ich bin zwar Juristin, aber ich will Ihnen einmal nicht rechtlich antworten. Ich will Ihnen selbst eine fachliche Frage stellen. Wir haben bei den Drei- bis Sechsjährigen, insbesondere im letzten Jahr vor der Kita, eine Inanspruchnahme von 95 bis 96 %. Das ist während Corona ein bisschen zurückgegangen. Aber wir nähern uns eigentlich wieder fast der 100%-Marke.

Wenn Sie jetzt sagen, Sie möchten auch die Kinder, nämlich die 4 oder 5 % der Kinder, die im letzten Jahr vor der Schule keine Kita besuchen, erreichen, dann ist die Frage: Wo soll die Vorschule angesiedelt werden? Ist es

wirklich notwendig, dass man für 5 % entweder ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr oder ein verpflichtendes Vorschuljahr vorsieht?

Ein verpflichtendes Vorschuljahr würde für mich bedeuten, Sie setzen das Einschulungsalter um ein Jahr herab. Dann richtet sich alles nach dem Schulgesetz, dann ist man in der Schule. Ich habe aber aus den Diskussionen im Bildungsausschuss mitgenommen, dass Sie das nicht unbedingt wollen.

Dann würde nur noch ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr übrigbleiben. Wenn ich aber jemanden verpflichte, den Kindergarten zu besuchen, dann muss ich den Besuch beitragsfrei stellen. Das haben andere Bundesländer gemacht.

*(Zuruf)*

Da frage ich Sie: Ist es politisch gerechtfertigt, für die 5 % der Kinder, die die Kita nicht besuchen,

*(Zuruf von Markus Kurze, CDU)*

50 Millionen € für die Beitragsfreiheit zur Verfügung zu stellen? Ich meine: Nein. Ich bin der Auffassung, wir sollten diese 50 Millionen €, wenn wir sie denn hätten, dazu nutzen, noch mehr Qualität in die Einrichtungen zu bringen.

*(Beifall bei der SPD und bei der FDP)*

Deshalb bin ich nicht dafür, einmal unabhängig davon, dass es immer noch der Elternwille ist, den Rechtsanspruch in Anspruch zu nehmen; hier werde ich jetzt mal juristisch.

*(Guido Kosmehl, FDP: Richtig!)*

Ich weiß nicht, warum man 95 % aller Eltern verpflichten soll, wenn man eigentlich nur 5 % der Kinder erreichen will.

Wir wollen - ich hoffe, dass Sie mitmachen - die Sprach-Kita-Kräfte, die wir jetzt vom Bund übernommen haben, entfristen und generell den Kitas zur Verfügung stellen, die das brauchen, um Sprachförderung sowohl in Kita als auch in Schule zu ermöglichen. - So weit erst einmal von mir.

*(Beifall bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Da Sie schon zwei Teilfragen weg haben, können Sie jetzt noch eine Frage stellen.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

**Carsten Borchert (CDU):**

Danke, Herr Präsident. - Meine Frage war ja: Welche Gründe haben Sie? Was im Koalitionsvertrag steht, ist allen bekannt. Aber mir fehlte in Ihren Ausführungen, welche konkreten Gründe es gibt und was genau bis Ende des Jahres verändert werden soll. Dazu haben Sie kein Wort gesagt.

Es geht uns nicht um die 5 %, die nicht in den Kindergärten oder in den Kindereinrichtungen sind, sondern es geht um das ganze System. Von der Warte her sind wir mit den Antworten auch nicht befriedigt. Aber wichtig ist konkret die erste Frage. Warum fassen wir es an? - Weil es im Koalitionsvertrag steht.

Aber es muss Inhalte geben; die haben Sie nicht genannt.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Ich habe es vorhin schon mal gesagt: Wir wollen den Fokus noch mehr auf Bewegung, Gesundheit und Prävention legen, weil wir merken, dass die Kinder - das merken Sie ja auch - damit Probleme haben.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir wollen soziale und kulturelle Umwelt- und Werteerziehung machen. Wir wollen die Sprache und Kommunikation stärken; denn wir sehen sehr wohl, dass es Probleme hinsichtlich der Sprachentwicklung gibt, übrigens nicht nur bei Flüchtlingskindern, sondern insbesondere auch bei Kindern, die aus prekären Verhältnissen kommen, die sehr viele Schwierigkeiten haben. Wir wollen die künstlerische, ästhetische und musische Bildung stärken. An dieser Stelle folgen wir auch den Ideen der Leiterinnen von Kitas, die gesagt haben, dass wir dabei nachjustieren sollen.

Ein ganz, ganz wichtiger Schwerpunkt wird der Bereich Mathematik, Naturwissenschaften und Technik sein, weil wir nicht früh genug damit beginnen können,

*(Beifall bei der SPD und bei der FDP)*

für MINT-Berufe zu werben und das tatsächlich in die Elternhäuser zu tragen.

Dann habe ich schon einen Punkt genannt - Stichwort „Wald-Kitas“ -, also die Umweltbildung, die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Ich habe gesagt, wie wichtig es ist.

(Zuruf: Oh!)

- Ja, man kann z. B. darauf hinweisen, den Müll nicht wegzuwerfen oder - wir haben uns das im Wald angeguckt - das Verständnis für Klimafaktoren zu wecken, z. B. dass der Wald viel Sauerstoff produziert. Ich denke, dort lernen die Kinder auch in der Bewegung, in der Natur. Auch das ist Bildung.

Weiterhin ist ein ganz großer Bereich das Thema „Medien und digitale Bildung“. Unsere Kinder wachsen in einer ganz anderen Zeit auf. Es ist von vielen Medienwissenschaftlern gesagt worden, dass man die Medienkompetenz sehr früh entwickeln muss, damit man tatsächlich bestimmte schädliche Effekte im späteren Alter auch in der Schule nicht hat.

Ein ganz wichtiger Punkt, Herr Borchert, ist nach wie vor der Übergang von der Kita in die Grundschule. Wir wollen auch, dass die Kinder schulfähig sind.

Damit Sie ein bisschen beruhigter sind, dass wir hierbei nicht spintisieren: Ich habe eines der wenigen Exemplare mitgebracht, weil ich diese Frage ahnte. Ich würde Ihnen das gern übergeben. Wenn Sie das lesen, dann sehen Sie im Grunde, es sind Handlungsempfehlungen, die Erzieherinnen und Erzieher erarbeitet haben. Ich hatte den Eindruck, Sie kennen das nicht. Deswegen würde ich Ihnen das ganz gern übergeben.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Wir setzen mit der Fraktion der AfD fort. - Bitte, Herr Lieschke.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Ich habe eine Frage zum Thema Intel bzw. zu dem entsprechenden High-Tech-Park. Ursprünglich sollten die einzelnen Gemeinden in der Börde eine Landgesellschaft bilden, um Flächen aufzukaufen und entsprechend zu vermarkten. Das ging schief, weil die einzelnen Gesellschafter verschiedene Anteile an der Gesellschaft haben wollten. Daraufhin hat sich das Land entschieden, die High-Tech-Park Sachsen-Anhalt GmbH mit einem Stammkapital von 200 000 € zu gründen.

Diese Landgesellschaft soll jetzt Grundstücke erwerben und vermarkten, darf aber auch Unternehmen erwerben und errichten und solche Dinge. Es sind logischerweise ein Geschäftsführer und ein Prokurist eingestellt worden. Mir ist unklar, wer dahintersteckt bzw. wer der Gesellschafter ist.

Gibt es dazu auch Beiräte oder Aufsichtsräte und wer ist ggf. darin Mitglied?

Natürlich ist auch die Frage, wie die Gewinne aus dieser GmbH und dann wieder aus Unternehmen herausgeholt werden. Wer erhält sie? Wie wird das geregelt? Wohin gehen diese? Die Frage richtet sich womöglich an Herrn Richter oder an Herrn Minister Schulze. Ich weiß nicht, wer sich befähigt sieht zu antworten.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Der Finanzminister kommt.

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Ich versuche einmal, alles zu beantworten.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Das war eine lange, kombinierte Frage.

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Die http ST GmbH ist eine Landestochter. Sie ist am 8. Januar 2024 gegründet worden. Der Hintergrund ist, wie Sie zu Recht sagten, dass die Kommunen, in dem Fall die Stadt Magdeburg, die Gemeinden Sülzetal und Wanzleben, aufgrund der großen Herausforderungen Probleme hatten, sich so zu finden, um sicherzustellen, dass wir tatsächlich in der Lage sind, Grundstücke zu erwerben, sie zu erschließen und letztlich auch die Unternehmen zu betreuen.

Damit habe ich eigentlich auch schon den Gesellschaftszweck genannt. Die http ST GmbH braucht erst einmal die Grundstücke in Sülzetal. Dann sollen sie erschlossen werden und dann sollen dort Unternehmen durch diese GmbH betreut werden. Der GmbH-Vertrag sieht vor - das ist wie bei Infraleuna, das auch ein Vorbild für diese Konstruktion ist -, dass später die Möglichkeit besteht, dass sich die Unternehmen, die sich dort angesiedelt haben, auch an der GmbH beteiligen können. Das ist aber für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Es ist also eine hundertprozentige Landestochter.

Zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats bezogen auf die Regierungsmitglieder. Das haben wir am Donnerstag auf der Tagesordnung.

*(Guido Kosmehl, FDP: Ja!)*

- Ja, am Donnerstag. Das sind in dem Fall der Wirtschaftsminister, der

*(Guido Kosmehl, FDP: Umweltminister!)*

Umweltminister und dann natürlich auch die Infrastrukturministerin und der Finanzminister. Wir haben einen Bankenvertreter und eine Unternehmerin mit dabei. Dazu gibt es einen Beirat. Dafür sind dann Mitglieder des Landtags, der Fraktionen vorgesehen, damit auch sie dieses Unternehmen begleiten können.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Eine Nachfrage?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ja, bitte.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Meine Nachfrage bezieht sich auf diese Beiräte. Welche Vergütung ist für die Beiräte vorgesehen?

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Gar keine.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Keine Vergütung. - Gut, danke schön.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Finanzminister. - Wir haben die erste Runde durch und landen wieder bei der Fraktion Die Linke. - Frau Anger, bitte.

**Nicole Anger (Die Linke):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Im März 2024 hat das zuständige Ministerium den Landesrahmenvertrag der Eingliederungshilfe einseitig gekündigt. Das bringt nicht nur Unruhe und Unverständnis bei den Leistungserbringern und den Leistungsberechtigten, sondern es bringt natürlich auch viele Fragen mit sich.

Wir haben bereits versucht, einen kleineren Teil dieser Fragen im zuständigen Fachausschuss zu klären. Dort wurde aber unter anderem auf die Sitzung der GK 131 am 9. April verwiesen. Insofern frage ich die Landesregierung, wie diese Sitzung des Ausschusses der GK 131 am 9. April verlaufen ist, insbesondere welche inhaltlichen Erkenntnisse für die Neuverhandlung des Landesrahmenvertrags dort bekannt gegeben wurden.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Frau Grimm-Benne, bitte.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Ich kann Ihnen dazu keine Auskünfte geben, weil ich die Information nicht eingeholt habe, wie die Ergebnisse der GK 131 ausgefallen sind. Ich sitze selbst nicht darin. Dazu muss ich Ihnen jetzt die Antwort schuldig bleiben.

Das Einzige, was ich Ihnen sagen kann, ist, dass der Liga-Vorstand darum gebeten hat, in der nächsten Woche noch einmal zusammenzukommen und darüber zu diskutieren. Er hat auch einen Fragenkatalog erstellt. Ich habe

den Termin angenommen und wir werden nächste Woche am 30. April noch einmal beraten. Zur GK 131 kann ich Ihnen aber leider keine Auskunft geben.

**Nicole Anger (Die Linke):**

Dann bekomme ich sicherlich eine schriftliche Antwort im Nachgang; denn das ist ja mein Auskunftsrecht.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Ja, natürlich. Ich kann es Ihnen aber jetzt nicht beantworten.

**Nicole Anger (Die Linke):**

Ich habe trotzdem eine Nachfrage. Möglicherweise gibt es darauf eine Antwort, aber vielleicht auch nicht. Ich stelle sie dennoch. In welchem Zusammenhang steht ein möglicher Anstieg der Landesmittel im Rahmen der Eingliederungshilfe aufgrund der bisherigen Regelungen im Landesrahmenvertrag mit dieser Kündigung?

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

In keinem; das habe ich sehr ausführlich im Sozialausschuss dargestellt. Ich habe gesagt, dass wir die Rahmenvereinbarung fristgemäß zum Jahresende gekündigt haben, um noch einmal die Möglichkeit zu geben, hier im Land gesetzeskonform zu entscheiden. Wir haben festgestellt, dass wir im Augenblick das

Bundesteilhabegesetz nicht mehr umsetzen und auch die UN-Behindertenrechtskonvention nicht umsetzen.

Ich habe das an zwei Beispielen dargestellt. Wir sind hinsichtlich der Ambulantisierung nicht so weit gekommen, wie wir es wollten. Wir haben im Augenblick keine Differenzierung - unsere behinderten Menschen werden Gott sei Dank älter - zwischen Pflege und Eingliederungshilfe. Und - das war ein Punkt, der mich immer schon gestört hat - wir haben im Augenblick noch keine Möglichkeit, insbesondere junge Menschen mit Behinderungen in den inklusiven Arbeitsmarkt zu bringen. Dazu möchte ich gern insbesondere mit den Trägern, die große Werkstätten haben, noch einmal in Verhandlungen eintreten. Das habe ich sehr ausführlich schon im Sozialausschuss dargestellt.

**Nicole Anger (Die Linke):**

Gehen Sie in der Tat davon aus, dass Sie mit der Aufkündigung des Landesrahmenvertrags und dem gleichzeitigen Aussetzen der Einzelverhandlungen bis zu den Neuverhandlungen die Ambulantisierung viel schneller hinbekommen? Die Zeit läuft. Es sind sechs Monate bis Mitte Oktober, die bereits angefangen sind. Ist das zu schaffen?

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Wir haben unmittelbar zu Verhandlungen aufgerufen. Deswegen hat die GK 131 schon getagt. Nach meinem Kenntnisstand ist die Sozialagentur nicht angewiesen worden, sondern soll weitere Verhandlungen führen. Ich habe jedenfalls keinen Stopp ausgesprochen, damit

jetzt erst einmal geschaut wird und bis zum Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung nicht verhandelt wird. Im Gegenteil, es sollen gerade die guten Vorschläge, die jetzt schon in Einzelverhandlungen laufen, noch abgeschlossen werden. Das haben ja auch schon viele Träger schon in diesem Jahr abgeschlossen.

*(Zustimmung bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Grimm-Benne. - Die SPD-Fraktion ist an der Reihe. - Frau Pasbrig, bitte.

**Elrid Pasbrig (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Sportministerin Dr. Zieschang, mit der Übertragung der Sportstättenförderung des Landes vom Landesverwaltungsamt auf die Investitionsbank zum 1. Januar 2024 ergibt sich für Beobachter das Bild, dass die Spielregeln während des Spiels noch einmal geändert worden sind. Uns ist von Vereinen berichtet worden, dass sie das komplette Antragspaket für das Landesverwaltungsamt im vergangenen Jahr bereits vervollständigt und abgeschickt hatten und jetzt von der Investitionsbank die Aufforderung erhielten, dass noch einmal bzw. darüber hinaus Dokumente vorgelegt werden sollen.

So seien z. B. nach Aussage von Vereinsverantwortlichen des Reit-, Fahr- und Tourismusvereins Krumke bei deren Beantragung der Sanierung des Außenreitplatzes bereits eine Bauzeichnung, drei Kostangebote, Freistellungsbescheinigungen, ein Finanzierungsplan, der Nachweis der Eigenmittel etc. pp. bereits

Bestandteil des ursprünglichen Antragspaketes gewesen, welches am 15. August 2023 beim Landesverwaltungsamt eingegangen ist. Das Schreiben der Investitionsbank mit der Aufforderung zur erneuten Einreichung dieser Unterlagen bzw. zur Einreichung weiterer Dokumente datiert vom 3. April 2024.

Wir fragen die zuständige Ministerin Frau Dr. Zieschang: Sind Ihnen diese Probleme bekannt? Warum geht die Investitionsbank über das bis zum vergangenen Jahr geregelte Antragsverfahren hinaus? Können wir davon ausgehen, dass die Mittel für das Sportstättenförderprogramm komplett abfließen, wenn die Antragsverfahren noch einmal aufgerollt oder aber auch teilweise verkompliziert werden?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Frau Zieschang, bitte.

**Dr. Tamara Zieschang (Ministerin für Inneres und Sport):**

Frau Abgeordnete, der Landtag von Sachsen-Anhalt hat Ende 2021 das IB-Errichtungsgesetz beschlossen. Das IB-Errichtungsgesetz sieht vor, dass die Investitionsbank das zentrale Förderinstitut des Landes ist. Im IB-Errichtungsgesetz sind verschiedene Förderbereiche aufgelistet, für die die Zuständigkeit der IB explizit, also vom Gesetzgeber selbst, festgelegt worden ist. Das betrifft auch die Sportförderung. Weil das im IB-Errichtungsgesetz steht und vom Landtag beschlossen worden ist, fühle ich mich daran gebunden. Ob das für alle Förderbereiche so gilt, prüfen wir im Augenblick noch in der Umsetzung.

Wir sind jedenfalls für den Bereich der Sportförderung vorangegangen und haben, genau wie Sie sagten, zum 1. Januar 2024 acht Förderprogramme aus dem Bereich der Sportförderung aus der Zuständigkeit des Landesverwaltungsamtes auf die Investitionsbank übertragen. Das sind, um es im Einzelnen zu nennen, die Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus - darauf nehmen Sie Bezug -, aber genauso die Förderung des Friedrich-Ludwig-Jahn-Museums, Sportstipendien für Leistungssportler, Zuschüsse zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele und die Paralympics, die Förderung des Trägervereins des Olympia-Stützpunktes Sachsen-Anhalt, die Trainingsstättenfinanzierung oder auch die Förderung der Stiftung Sport und der Stiftung Behindertensport, wie auch die Förderung von Wettkämpfen im Hochleistungssport. Das sind die Bereiche im Bereich der Sportförderung, die wir, wie das Gesetz es vorsieht, vom Landesverwaltungsamt auf die Investitionsbank übertragen haben.

Von dieser Zuständigkeitsübertragung sind nicht die Anträge in den gerade aufgezählten Bereichen erfasst, für die das Landesverwaltungsamt bereits vor dem 1. Januar 2024 die Bewilligung erteilt hat. Das heißt, alles, was vor dem 1. Januar 2024 vom Landesverwaltungsamt bewilligt wurde, wird auch noch auslaufend vom Landesverwaltungsamt weiter betreut.

Das heißt - darauf nehmen Sie ja Bezug -, im Bereich der Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus ist für die neuen Anträge die Zuständigkeit auf die IB übergegangen. Die IB hat einen eigenen, auch in anderen Bereichen entwickelten, standardisierten Antragsprozess. Dieser

Antragsprozess weicht punktuell von dem des Landesverwaltungsamtes ab.

Deswegen ist es zutreffend, dass die Sportvereine gegenüber der Investitionsbank als Bewilligungsbehörde einen Ergänzungsantrag vorlegen müssen. Wir führen mit der Investitionsbank intensive Gespräche, um diesen Ergänzungsantrag zu vereinfachen und das Antragsverfahren zu vereinfachen. Dazu weisen wir insbesondere auch darauf hin, dass die antragstellenden Sportvereine ehrenamtlich geführt werden und das, wenn es den Vereinssportstättenbau betrifft, natürlich zu berücksichtigen ist.

Die Investitionsbank ist von uns Mitte April gebeten worden, nochmals zu überprüfen, ob einzelne Antragsunterlagen wirklich erforderlich sind. Es ist selbstverständlich, dass das, was im Landesverwaltungsamt bereits eingereicht wurde, eins zu eins von der Investitionsbank übernommen worden ist. Die Gespräche, die wir gerade in den letzten Tagen und Wochen mit der Investitionsbank geführt haben, haben aber die Zielrichtung, die Antragsbewilligung gerade in der Umstellung auf die neue Bewilligungsbehörde so einfach wie möglich zu gestalten.

Die Investitionsbank hat uns in diesen Gesprächen noch einmal sehr deutlich versichert, dass sie jedem Antragsteller, also jedem Verein eine umfassende Beratung und Unterstützung bei der Vervollständigung der Antragsunterlagen anbietet. Denn manche Antragsunterlagen waren auch früher schon beim Landesverwaltungsamt nicht vollständig und mussten jetzt von der Investitionsbank auf Vollständigkeit geprüft werden. Bei der Vervollständigung hat früher das Landesverwaltungsamt geholfen, jetzt macht es die Investitionsbank. Sie soll aber auch dort, wo sie eine Ergänzung vorgenommen hat - das hat sie auch zu-

gesagt -, die Antragsteller beraten und sie dabei unterstützen.

Als letzten Aspekt haben Sie gefragt, ob sichergestellt ist, dass die Mittel, die der Haushaltsgesetzgeber dankenswerterweise für die Vereinssportstättenförderung zur Verfügung gestellt hat, am Ende auch tatsächlich umgesetzt werden können. Dazu einfach zur Erinnerung: Wir haben 11,6 Millionen € für die Sportstättenförderung vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellt bekommen. 102 Maßnahmen sind priorisiert und von der Arbeitsgruppe Prioritätensetzung im Bereich Sportvereine identifiziert worden. Im kommunalen Bereich sind es 20 Maßnahmen.

Wir haben in diesem Jahr einen frühen Haushalt, früher hatten wir spätere Haushalte. Das heißt, damals ging man erst im Mai oder Juni in die Bewilligung. Deswegen sind wir eigentlich gerade mit dem Wissen darum, dass es uns bspw. auch im Jahr 2023 gelungen ist, das vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellte Geld gut in Sportstätten investieren zu können, auch sicher, dass das jetzt mit der Investitionsbank funktioniert.

*(Zustimmung von Olaf Feuerborn, CDU, von Angela Gorr, CDU, und von Guido Kosmehl, FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Wir können die Fragestunde mit der FDP-Fraktion fortsetzen.

**Andreas Silbersack (FDP):**

Ich habe eine Frage an den Wirtschafts- und Tourismusminister Sven Schulze. Sie geht in Richtung eines unserer touristischen Leucht-

türme, nämlich das Bauhaus in Dessau. Wir haben im nächsten Jahr, also 2025, das Bauhausjahr zu 100 Jahren Bauhaus in Dessau. Es war der Zeitung zu entnehmen, dass Sie einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 135 000 € übergeben haben für das Projekt „Unsichtbares Bauhaus Dessau“.

Meine Fragen lauten: Was ist Ihre Erwartungshaltung im Hinblick auf das Thema Tourismus, im Hinblick auf das Bauhausjahr 2025? Was versprechen Sie sich diesbezüglich von dem Zuwendungsbescheid, den Sie übergeben haben? - Vielen Dank.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Minister, bitte.

**Sven Schulze (Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten):**

Vielen Dank für die Frage. - Ich verspreche mir nicht davon, dass das Bauhaus unsichtbar wird. Es ist sehr sichtbar. Deswegen haben wir überlegt, wie wir das unterstützen können. Das ist tatsächlich Geld aus dem Corona-Sondervermögen. Das sind Gelder, die wir nutzen, um die Digitalisierung in dem Bereich Tourismus voranzubringen.

Bei dem Projekt waren es, wenn ich es recht in Erinnerung habe, 15 Orte in Dessau, die wir digitalisieren - Orte direkt mit dem Bauhaus in Verbindung stehen, wo bspw. auch Menschen gewohnt und gelebt haben, die mit dem Bauhaus in Verbindung gebracht werden. Bei der Sache ist es so: Man muss gar nicht nach Dessau reisen, um das entsprechend digital betrachten zu können. Das ist natürlich ideal.

*(Zustimmung von Jörg Bernstein, FDP)*

Wir wollen es weltweit - daher ist es auch online gestellt - ermöglichen, diese Orte anzuschauen. Der Hintergrund dafür ist die Resilienz bezüglich Situationen, wie wir sie leider in der Coronapandemie erlebt haben, nämlich dass man solche Orte nicht besuchen konnte. - Das ist eine gute Sache.

Die Kofinanzierung in Höhe von knapp 15 000 € läuft über die Stadt Dessau-Roßlau. Ich denke, man hat gesehen - ich kenne den Zeitungsartikel nicht im Detail -, dass das auch vor Ort gut ankommt. Das ist gut angelegtes Geld, das dafür sorgt, dass nicht nur das Bauhaus, sondern auch Dessau-Roßlau entsprechend aufgewertet wird. Das ist ein toller Ort. Für die Bundesgartenschau 2035 in Dessau-Roßlau haben wir uns ganz bewusst entschieden. Das ist ein Baustein von vielen für die Region dort. Ich empfehle jedem, nicht nur dorthin zu gehen, sondern sich das dann, wenn es umgesetzt worden ist, auch einmal anzuschauen. Das wertet unser Sachsen-Anhalt auf. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der CDU, von Katrin Gensecke, SPD, von Jörg Bernstein, FDP, und von Andreas Silbersack, FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Dann kommen wir zur letzten Runde. - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist an der Reihe.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Neulich war den Medien zu entnehmen, dass der Flughafen Stuttgart seine Freiflächen, die jeder Flughafen en masse hat, nutzt, um sauberen Strom zu produzieren und eine neue Einnahmequelle zu erschließen.

Ich frage die Landesregierung, ob sie dieses Stuttgarter Projekt kennt - dort werden in einer PV-Anlage immerhin 530 000 kWh Strom im Jahr produziert; eine zweite, größere Anlage ist geplant - und ob es als Anteilseigner der Mitteldeutschen Flughafen AG Aktivitäten gibt,

*(Guido Kosmehl, FDP: Oh!)*

für den Standort Leipzig-Halle Ähnliches auf den Weg zu bringen.

*(Unruhe von der Regierungsbank)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Auf der Regierungsbank finden ernsthafte Überlegungen statt.

*(Unruhe von der Regierungsbank)*

Herr Willingmann.

*(Guido Kosmehl, FDP: Energieminister!)*

**Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt):**

Herr Schellenberger! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete, wir haben uns deshalb einen Moment sortieren müssen, weil wir im Hinblick auf Ihre Frage in unterschiedlichen Funktionen betraut sind.

*(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Vor allem im Aufsichtsrat!)*

- Eben nicht. Ich bin der Einzige, der nicht in diesem Aufsichtsrat sitzt.

*(Lachen - Zustimmung von Guido Kosmehl, FDP)*

Deshalb habe ich gesagt: Ich wage mich einmal vor. Ich kann Ihnen ganz grundsätzlich sagen: In der Tat sind Flughafenflächen, ebenso wie Trassen für Eisenbahnen und Ähnliches, für das Anbauen von Fotovoltaik und von Windkraft ideal geeignet, jedenfalls dann, wenn man den Flugbetrieb eingestellt hat. In Zerbst gibt es ein schönes Beispiel, wo man das schon sehr erfolgreich getan hat, nämlich einen Energiepark einzurichten - zugegebenermaßen allerdings in einem aufgelassenen Flughafen.

Von unserer Seite aus besteht jedenfalls ein großes Interesse - auch um ein Stück weit die Flächenkulisse zu erweitern -, dort, wo solche großen Verkehrswege, aber eben auch solche großen Verkehrseinrichtungen vorhanden sind, durchaus PV anzubauen. Das Energieministerium würde einen solchen Plan unterstützen. Aber für den Aufsichtsrat sprechen Kollegin Hüskens und Herr Kollege Richter.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Und das tun die Kollegen jetzt auch?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Sie werden das sicherlich machen, sobald sie sich dazu verständigt haben. - Eine Antwort gibt es noch.

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Frau Lüddemann, ich bitte um Verständnis. Das sind unternehmerische Tätigkeiten. Über Themen, die im Aufsichtsrat besprochen werden, kann ich hier nicht sprechen. Wie gesagt, die Möglichkeiten hat Herr Armin Willingmann aufgezeigt. Konkret kann und darf ich dazu nichts sagen.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Minister. - Damit sind wir am Ende der Regierungsbefragung angelangt.

*(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Entschuldigung!)*

- Sie können noch eine Nachfrage stellen. Aber Sie stellen ja fest, wie es ist. - Bitte.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Danke. - Ich habe ja gefragt, wie Sie das Projekt in Stuttgart bewerten und ob Sie sich als Anteilseigner vorstellen könnten, das für den Mitteldeutschen Flughafen zu adaptieren. Es hat nichts mit der Herausgabe von Interna in Ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat zu tun, eine Bewertung der Landesregierung grundsätzlicher Art abzugeben.

*(Tobias Rausch, AfD: Das hat er doch gesagt!)*

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Frau Lüddemann, Armin Willingmann hat das eigentlich schon beantwortet. Wir finden das

sehr wohl begrüßenswert. Aber konkret kann ich zu dem Flughafen und zu der Tätigkeit dort im Aufsichtsrat und zu dem, was dort besprochen wurde, nichts sagen. Aber vom Grundsatz her hat Herr Armin Willingmann darauf hingewiesen, dass das sicherlich etwas ist, das man unterstützen kann.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Damit sind wir am Ende der Regierungsbefragung angelangt. Wir haben den Punkt 1 der Tagesordnung hinter uns gelassen.

Wir kommen zu dem

**Tagesordnungspunkt 2****Sachsen-Anhalt wählt ein starkes Europa!**

Regierungserklärung Landesregierung - **Drs. 8/4028**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich erteile ich als Erstem dem Mitglied der Landesregierung Herrn Rainer Robra zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort. - Herr Robra, Sie haben das Wort.

**Rainer Robra (Staats- und Kulturminister):**

Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Am 9. Juni 2024 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Das ist ein bewährter Anlass, um im Landtag über Europa zu sprechen. Nicht selten beginnt eine Befassung mit Europa mit einem historischen Rückblick - de Gaulle, Schumann, Adenauer. Das mache ich heute nicht.

Das ist uns in den fast 34 Jahren, die Sachsen-Anhalt zur Europäischen Union gehört, in Fleisch und Blut übergegangen. Heute ist meine Botschaft eine andere. Klar, deutlich und mit dem Blick nach vorn: Wir alle sind Europa, und wir brauchen Europa, und zwar ein starkes Europa, das nicht Spielball der Weltgeschichte ist, sondern deren Akteur.

Die aktuelle geopolitische Lage mit dem Krieg in der Ukraine oder dem Konflikt im Nahen Osten, die Herausforderungen durch Klimawandel und Digitalisierung, weltweite Migrationsströme oder der Wettbewerb mit systemischen Konkurrenten wie China - das alles lässt uns keine andere Wahl. Europa ist dabei definitiv Teil der Lösung, nicht Teil des Problems. Nationalstaatliche Konzepte, die an den nationalen Außengrenzen enden, sind für die Bewältigung dieser Herausforderungen ungenügend.

*(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)*

Wir brauchen umfassende und innovative gemeinsame Lösungsansätze; eine Bündelung unserer Kräfte, um das alles zu bewältigen und um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für uns alle zu erhalten.

*(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)*

27 Nationalstaaten teilen mit der Europäischen Union eine gemeinsame wertebasierte Verfasstheit, in der täglich weitreichende Entscheidungen getroffen werden müssen, die auch uns in Sachsen-Anhalt praktisch in jedem Lebensbereich betreffen - Entscheidungen, die wir mitgestalten wollen und mitgestalten können; Entscheidungen auch, die wir den Menschen im Lande in Wirkungsweise und Begründung bestmöglich erklären und vermitteln müssen.

Meine Damen und Herren! Europa ist komplex. Wir alle müssen gemeinsam und kontinuierlich an einem Strang ziehen, um unsere Landesinteressen zielführend in den europäischen Diskurs einzubringen. Daher geht Europa uns alle an. Europa und seine Errungenschaften, von denen auch wir profitieren, sind im Vergleich der Kontinente dieser Welt keine Selbstverständlichkeit.

Ich nutze diese Regierungserklärung gern, um wichtige Aspekte der europapolitischen Arbeit der Landesregierung vorzustellen, um einen Blick auf die wesentlichen Aufgaben für die restliche Legislaturperiode zu werfen und zugleich um für Europa und die Teilnahme an der bevorstehenden Europawahl zu werben. Dabei geht es nicht in erster Linie um die großen europapolitischen Konzepte, die in der Kommission, im EU-Parlament und im Ministerrat entschieden werden, sondern um das, was uns hier in Sachsen-Anhalt alltäglich mit der europäischen Dimension verbindet.

Auf der Grundlage des aktuellen Koalitionsvertrags hat das Kabinett am 12. Juli 2022 die Bündelung der strategischen Ziele in Europapolitik und internationaler Zusammenarbeit für diese Legislaturperiode beschlossen. Das aktive Mitwirken im europäischen Mehrebenensystem, die möglichst vielgestaltige Nutzung der Chancen, die uns die Europäische Union bietet, sowie die Stärkung des Europagedankens und der Europakompetenz sind zentrale Anliegen. Die Europapolitik der Landesregierung ist dabei stets Querschnittsaufgabe, die unter Koordinierung durch die Staatskanzlei und in Abstimmung verbindlicher Ziele und Maßnahmen gemeinschaftliche Aufgabe aller Ressorts ist. Alljährlich unterrichten wir, wie Sie wissen, den Landtag auf der Grundlage der Landtagsinformationsvereinbarung über den Stand der Dinge.

Die Mitgestaltungsmöglichkeiten in europapolitischen Angelegenheiten sind vielfältig und wir nutzen sie. Sachsen-Anhalt bringt sich im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Rechte im Bundesrat ein. Seit dem Jahr 2022 waren wir in EU-Angelegenheiten bei 20 Stellungnahmen Mit Antragsteller. Wichtige Themen waren die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas, die Entschließung des Bundesrates zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und nicht zuletzt eine Subsidiaritätsrüge zum European Media Freedom Act, also auf dem Felde der Medienpolitik.

Turnusmäßig hatte Sachsen-Anhalt vom Juli 2022 bis zum Juni 2023 den Vorsitz in der Europaministerkonferenz inne. Wir haben uns als ehrlicher Makler im Sinne aller deutschen Länder eingebracht und die europabezogenen Länderinteressen gegenüber der Bundesregierung und gegenüber der europäischen Ebene nachdrücklich vertreten. In den drei großen politischen Konferenzen in Dessau-Roßlau, Brüssel und Berlin sowie in einer gemeinsamen Sitzung mit den französischen Regionen in Straßburg haben wir 13 politische Beschlüsse gefasst. Diese decken ein breites Spektrum europapolitischer Themen ab - von Energieversorgungssicherheit über EU-Wirtschaftspolitik bis hin zur Digitalisierung.

Mit besonderer Bedeutung für Sachsen-Anhalt haben wir als EMK-Vorsitz auch das Thema Zukunft der Kohäsionspolitik schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die deutsche Debatte um die künftige Ausgestaltung dieses für Sachsen-Anhalt überaus wichtigen Investitionsinstruments eingebracht.

Der Ausschuss der Regionen bietet uns die Möglichkeit, gemeinsam mit Partnern und Freunden aus allen Mitgliedstaaten frühzeitig

politische Impulse aus regionaler Sicht in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene einzubringen. Wirtschaftsminister Sven Schulze hat als unser AdR-Mitglied unter anderem die Berichterstattung zum Thema „Ein gerechter und nachhaltiger Übergang in den Automobilregionen“ mit einer Stellungnahme erfolgreich abgeschlossen.

Nicht zuletzt nutzen wir die Landesvertretung in Brüssel als Verbindung zu den Europäischen Institutionen intensiv. In Kooperation mit den primär zuständigen Ressorts wird dort auch die Mitwirkung in Netzwerken begleitet, wie im ERRIN, dem europäischen Netzwerk für Forschung und Innovation, in der ESRA - das ist die Halbleiterallianz - oder in dem ESN, dem europäischen sozialen Netzwerk. Daneben ist die Landesvertretung stets auch unsere Repräsentanz und beliebter Veranstaltungsort, gerade auch für unsere kommunale Ebene. Ich bin dem Finanzministerium dafür dankbar, dass die Sanierungsarbeiten zügig voranschreiten, sodass wir auch unmittelbar daran anschließen können.

Meine Damen und Herren! Der Einsatz der Fonds EFRE, ESF, JTF und ELER ist grundlegend für die gute Entwicklung Sachsens-Anhalts und für die Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen, und das inzwischen seit Jahrzehnten.

In der EU-Förderperiode 2014 bis 2020, die mit dem Nachlauf länger andauerte, hatte Sachsen-Anhalt Zugriff auf fast 2,2 Milliarden € aus EFRE und ESF. Außerdem waren für den ELER, dessen Förderperiode auch formell um zwei Jahre bis zum Jahr 2022 verlängert wurde, weitere ca. 1,2 Milliarden € vorgesehen.

Nach aktuellem Stand sind rund 95 % der nach der Finanzplanung beabsichtigten Gesamtausgaben für das EFRE-Programm und 96 % der

nach der Finanzplanung vorgesehenen Gesamtausgaben für den ESF verausgabt worden. Es wurden im EFRE 6 788 Vorhaben und im ESF sogar 9 466 Vorhaben - jedes einzelne dieser Vorhaben war wichtig für diejenigen, die daran mitgewirkt haben - unterstützt. Ich hätte mir beim Mittelabfluss gern noch höhere Werte gewünscht.

Allerdings waren die Rahmenbedingungen für die Förderpolitik, z. B. aufgrund der Corona-Krise, besonders herausfordernd. Außerdem stellt die mit der EU-Förderung verbundene Bürokratie Zuwendungsempfänger und Bewilligungsbehörden regelmäßig vor große Herausforderungen. Für die Zukunft erwarte ich, dass wir insbesondere durch einen höheren Grad an Digitalisierung und Standardisierung die Umsetzung der Programme zügiger und einfacher, unbürokratischer, ermöglichen können.

*(Zustimmung von Jörg Bernstein, FDP)*

Hieran arbeitet die im November 2022 ins Leben gerufene interministerielle Arbeitsgruppe „Förderpolitik“ unter Federführung des MF.

Beim ELER konnten bis Ende 2023 bereits mehr als 20 000 Vorhaben mit einem Umfang von mehr als 860 Millionen € umgesetzt werden. Der fondsübergreifende Bottom-up-Ansatz LEADER hat neben dem ELER erstmals auch Mittel aus dem EFRE und dem ESF umgesetzt.

Meine Damen und Herren! Diese Flexibilität ist in Deutschland einmalig. Die anderen Länder haben ihre Fonds außerhalb des ELER dafür bisher nicht geöffnet. So konnten bei uns 23 LEADER-Arbeitsgruppen des Landes mit 100 Millionen € ELER-Mitteln sowie gut 26 Millionen € EFRE-Mitteln und nicht zuletzt 6 Millionen € ESF-Mitteln unterstützt werden. Dies

kam insbesondere - daher die hohe Zahl der Vorhaben - vielen kleineren Vorhaben im ländlichen Raum zugute.

*(Marco Tullner, CDU, zustimmend: Sehr gut!)*

In der laufenden EU-Förderperiode von 2021 bis 2027, die leider europaweit schleppend begonnen hat, profitiert Sachsen-Anhalt zusätzlich zu Mitteln aus EFRE und ESF+ von der Unterstützung aus dem Fonds für einen gerechten Übergang in die postfossile Energiewirtschaft (JTF). Dieser hilft, die Veränderungen durch den Kohleausstieg im Mitteldeutschen Revier besser zu bewältigen. Insgesamt stehen uns für die Jahre 2023 bis 2027 aus all diesen Fonds erneut 2,2 Milliarden € sowie aus dem ELER zusätzlich nahezu 600 Millionen € zur Verfügung, also annähernd so viele Mittel wie bisher. Welchen immensen Beitrag die EU-Fonds für die gute Entwicklung und Zukunftsfähigkeit Sachsens-Anhalts mit vielen schon bewilligten und bereits laufenden Projekten auch aktuell leisten, dürfte allgemein bekannt sein.

Zugleich bleibt die Nutzung der EU-Aktionsprogramme, die wettbewerblich vergeben werden, außerhalb der Fonds für unser Land ein wichtiges strategisches Ziel, auf das sich insbesondere unsere Hochschulen zunehmend besser einstellen. Nicht zuletzt nutzen wir für die interregionale Vernetzung weiterhin das Programm Interreg, um ein Beispiel zu nennen.

Meine Damen und Herren! Ausländische Direktinvestitionen bleiben ein wesentlicher Eckpfeiler für die weitere gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Der wichtigste Außenhandelsmarkt ist und bleibt der Europäische Binnenmarkt. Zugleich müssen wir auch als Wirtschaftsstandort attraktiv sein.

Mit der Investitionsentscheidung von Intel in Magdeburg ist uns dabei Entscheidendes gelungen. Diese Investition wird als Kristallisationskern für ein neues industrielles Ökosystem in Sachsen-Anhalt wertvolle Impulse für die Entwicklung unseres gesamten Landes aussenden. Erste komplementäre Ansiedlungen finden bereits statt. Solche Investitionen erhöhen die Sichtbarkeit Sachsens-Anhalts für ausländische Investoren erheblich. Für den Erfolg der geplanten Ansiedlung von Intel wurden auch in Brüssel wichtige Weichen gestellt. Wir haben das Gesetzgebungsverfahren zum Chips Act von Anfang an eng begleitet und in diesem Zusammenhang erfolgreich Gespräche auf allen Ebenen geführt - bspw. zwischen dem Ministerpräsidenten und der Kommissionspräsidentin.

Erfreulich gestaltet sich auch die Zusammenarbeit mit anderen Regionen. Sachsen-Anhalt baut seine Kooperationen mit Regionen und Partnern im Ausland kontinuierlich aus und pflegt vielfältige Kontakte ins Ausland. Unsere vertraglich vereinbarten Kooperationen mit Masowien und Centre-Val de Loire gelten als Best Practice.

Im Jahr 2023 feierten wir gemeinsam in Warschau das 20-jährige Jubiläum der Regionalpartnerschaft mit Masowien. Im Zuge der Gespräche und Austausche wurden neue Kooperationsansätze für verschiedene Fachgebiete entwickelt.

In diesem Jahr wird das 20-jährige Jubiläum der Regionalpartnerschaft mit Centre-Val de Loire gefeiert. Der zentrale Festakt findet im Oktober 2024 bei unseren französischen Freunden statt. Vor wenigen Wochen besuchte uns eine Delegation um Präsident Bonneau. Dabei erfolgte vorwiegend ein Austausch zu den Themen Energie, Hochwasserschutz und zur

Ansiedlung von Großunternehmen. Sehr hilfreich ist dabei unsere Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk und dessen Generalsekretär Tobias Bütow aus Magdeburg.

Neben den Regionalpartnerschaften mit Masowien und Centre-Val de Loire bestehen auch gute Kontakte in die spanische Region Valencia, mit der Sachsen-Anhalt eine Kooperationsvereinbarung verbindet. Sehr erfreulich entwickeln sich gerade jetzt die Kontakte nach Valencia im Musikbereich.

Ausdrücklich hervorheben möchte ich auch die Arbeit des Institut Français unter Leitung von Clémence Mayer, das seit dem Jahr 2003 mit vielen gut besuchten Veranstaltungen den kulturellen Austausch zwischen Sachsen-Anhalt und Frankreich befördert und im letzten Jahr sein 20-jähriges Jubiläum feiern konnte.

Meine Damen und Herren! Zur erfolgreichen Mitwirkung in europäischen Angelegenheiten bedarf es entsprechender Befähigungen in der Landesverwaltung. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur bietet fortlaufend entsprechende Fortbildungsmaßnahmen an und entwickelt diese stetig weiter.

Seit dem Jahr 2003 haben 40 Personen das Hospitanzprogramm Europa genutzt. Seit dem Jahr 2013 haben 274 Bedienstete an der Führungskräftequalifizierung „Sachsen-Anhalt stark in Europa“ teilgenommen. Seit August 2023 haben 23 Beschäftigte an der modularen Nachwuchsführungskräftefortbildung „Europa und Internationales“ teilgenommen. Zudem bewerben sich unsere Beschäftigten erfolgreich auf EU-Programme, wie „Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung“

oder Erasmus Public Administration, oder werden als Länderbeobachter, einer der Höhepunkte der Mitwirkung auf der europäischen Ebene, entsendet.

Diese Auszüge zeigen, dass Sachsen-Anhalt die Chancen Europas und die Möglichkeiten der Mitwirkung zielgerichtet nutzt.

Für den Rest der Legislaturperiode sind einige europapolitische Herausforderungen erkennbar.

Als umfassendes Thema wird uns, und zwar alle in Europa, die Zukunft der Europäischen Union beschäftigen. Dahinter verbergen sich die Fragen nach einer Erweiterung um neue Mitglieder und nach inneren Reformen der EU. Im Juni 2024 soll sich der Europäische Rat ungeachtet des relativen Stillstands, der nach den Wahlen immer einzutreten pflegt, zudem mit konkreten Vorschlägen zur Reform der EU befassen. Auf der Tagesordnung stehen mit Blick auf die Erhaltung und bestenfalls Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU unter anderem - das ist mir wichtig - der Bürokratieabbau und die Einführung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit in Bereichen, die aktuell noch Einstimmigkeit erfordern. Es ist klar, dass wir uns als Länder, auch Sachsen-Anhalt, einbringen und unserer Integrationsverantwortung und unseren Mitwirkungsrechten gerecht werden.

Ein weiteres wesentliches Thema ist aus verständlichen Gründen die Vorbereitung der nächsten Förderperiode ab dem Jahr 2028. Dies scheint noch relativ weit in der Zukunft zu liegen, aber - ich fasse es gegenüber dem schriftlichen Entwurf ein wenig zusammen - wir befinden uns in einem ehrbaren Wettstreit mit den reicheren Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, die, wie Baden-Württemberg in

der Automobilindustrie, darauf hinweisen, dass auch sie Transformationsanforderungen unterliegen und europäische Unterstützung in Anspruch nehmen wollen.

Wir gehen davon aus, dass auch aus anderen Mitgliedstaaten weitere hohe Anforderungen an die Kohäsionspolitik gestellt werden, während sich die Mittelausstattung in einer noch nicht wirklich absehbaren Weise entwickelt. Die Erwartung, dass gerade auch Kohäsionsmittel aktiv genutzt werden können, um andere politische Felder in der Verantwortung der Europäischen Union mit Mitteln zu unterstützen - das wissen wir alle -, ist augenfällig.

Derzeit arbeitet die EMK auf der Grundlage der unter unserem Vorsitz abgestimmten Standpunkte an einer gemeinsamen Bundesländer-Stellungnahme, die im Herbst 2024 beschlossen werden soll. Es ist uns wichtig, dass der Bund und die Länder gegenüber der Union möglichst lange mit einer Stimme sprechen und die durchaus vorhandenen Gegensätze erst später ausdifferenziert und in den europäischen Prozess eingebracht werden.

Des Weiteren geht es um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Wettbewerbsfähigkeit der EU und mit Blick auf die fortbestehende geopolitische Lage um die Außenpolitik sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren! Europa ist für uns alle wichtig. Ich sagte es bereits. Es garantiert im großen Rahmen des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts Grundlagen für ein gutes Leben in relativem Wohlstand in allen europäischen Mitgliedstaaten. Europa bietet viele Chancen für Sachsen-Anhalt. Unser Engagement für Europa muss deshalb auch

die Werbung zur Europawahl umfassen. Vom Wahlergebnis hängt nicht zuletzt ab, wie stark Sachsen-Anhalt in der kommenden Wahlperiode im Europäischen Parlament vertreten ist. Jede Stimme für Europa, jede Stimme für Sachsen-Anhalt in Europa zählt. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und ein klares proeuropäisches Zeichen zu setzen.

*(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)*

Erstmals dürfen auch 16- und 17-Jährige wählen. Damit erhöht sich die Zahl der Erstwählerinnen und Erstwähler gegenüber der letzten Europawahl und zugleich steigt unsere Verantwortung, speziell auch diese jungen Menschen zu informieren. Hierbei spielt die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit der Union, des Bundes und auch unseres Landes eine besondere Rolle.

Wir haben zahlreiche Maßnahmen geplant und durchgeführt. Bereits Ende 2023 gab es eine speziell für Schülerinnen und Schüler ausgerichtete Veranstaltung zum Europäischen Parlament. Zum EU-Schulprojekttag am 4. März war unter anderem Staatssekretärin Großner zu Gast an einer Magdeburger Schule. Ich selbst habe die Schirmherrschaft über die diesjährige Juniorwahl übernommen, an der bis zu 200 Schulen teilnehmen können. Das heißt natürlich auch, dass in den Schulen Diskussionen über diese Themen stattgefunden haben. In den letzten Wochen und Monaten haben wir in Magdeburg, Wittenberg, Gardelegen und Merseburg EU-Bürgerdialoge mit insgesamt mehr als 200 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Eine Informationsveranstaltung speziell für kommunale Vertreterinnen und Vertreter rundete das Angebot ab.

Ab dem 30. April 2024 starten die diesjährigen Europawochen, die über den gesamten Mai hinweg stattfinden und die Europawahl zum Hauptthema haben. Wir hatten so viele Projektanträge wie lange nicht mehr und dürfen uns auf zahlreiche und vielfältige Projekte freuen. Den vielen Ehrenamtlichen, die unsere Projektträger unterstützen, bin ich überaus dankbar; denn ohne deren Hilfe wäre das alles nicht realisierbar.

Informationen über alle Aktivitäten, die wir praktizieren, und über die Europawahlen insgesamt finden Sie natürlich zusätzlich auf den Europaseiten unseres Landesportals und über die Social-Media-Kanäle der Staatskanzlei.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Wir haben mit unserer europapolitischen Arbeit der letzten Jahre einiges erreicht. Wir haben viel getan, um für die Europawahl zu sensibilisieren und darüber zu unterrichten, dürfen dabei jedoch gerade auf der letzten Meile nicht erlahmen. Jetzt liegt es an jedem von uns, über unsere individuellen Möglichkeiten als Politikerinnen und Politiker die Menschen bis zuletzt zu motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Angesichts der restaurativen und europaskeptischen Strömungen und Tendenzen in vielen Mitgliedstaaten handelt es sich um eine überaus wichtige und zukunftsweisende Wahl. Von den Mehrheitsverhältnissen im Europäischen Parlament ist die Zusammensetzung der nächsten Europäischen Kommission abhängig und damit auch die inhaltliche Ausrichtung der gesamten Europäischen Union für mindestens die nächsten fünf Jahre. Wie wichtig das für uns ist, haben wir in den vergangenen Jahrzehnten erfahren dürfen. Gerade mit Blick auf die von mir aufgezeigte aktuelle Lage und die anstehenden Zukunftsthemen kann man die

Bedeutung dieser Europawahl gar nicht deutlich genug betonen.

Lassen Sie uns deshalb dafür werben, dass Sachsen-Anhalt am 9. Juni ein demokratisches, ein starkes Europa wählt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Robra. - Es gibt eine Intervention von Herrn Roi.

**Daniel Roi (AfD):**

Vielen Dank. - Nach Ihrer flammenden Rede für Europa bin ich an einer Stelle hängen geblieben, und zwar gleich zu Beginn. Deswegen habe ich mich hingestellt. Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dem Konzept der Nationalstaaten eine Absage erteilt. Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Für uns, für mich, für die AfD-Fraktion ist Europa mehr als die EU.

Eines will ich Ihnen deutlich sagen: Die EU ist nicht Europa. Das müssen Sie sich einmal merken.

*(Oh! bei der CDU)*

Diese EU - das haben wir in den letzten fünf Jahren hier sehr oft diskutiert, auch auf dem Domplatz mit den Bauern - knebelt unsere Landwirte und unsere Handwerker durch immer mehr Bürokratie, von der Düngeverordnung über die Roten Gebiete bis hin zur

CO<sub>2</sub>-Steuer, die jeden Bürger mittlerweile betrifft. All das haben die Bauern auch der EU zu verdanken. Gleiches gilt für den Getreide-Deal, der vor Kurzem diskutiert wurde, der zur Folge hat, dass die Preise für einheimischen Weizen hier in Deutschland nach unten gehen. Auch das haben wir der EU zu verdanken.

Diese EU ist auch verantwortlich für einen Green Deal mit finanziellen Auswirkungen auf alle Bereiche unseres Lebens, von der Wohnungswirtschaft bis zur Landwirtschaft. Fragen Sie einmal bei der Wohnungswirtschaft nach, welche Folgen der Green Deal am Ende auch für die Mieter hat. Das sind alles hochinteressante Fragen, die letztlich von der EU-Kommissionspräsidentin Frau von der Leyen vorangetrieben wurden, bis hin zum Verbrennerverbot, das jetzt, auf einmal, sechs Wochen vor der Europawahl, die CDU nicht mehr möchte, obwohl Frau von der Leyen dieses planwirtschaftliche Instrument ins Leben gerufen hat. All das ist die EU. All das lehnen wir ab.

Wir wollen ein Europa der Vaterländer, das nicht zum Opfer von globalistischen Lobbyinteressen wird. Genau das ist der Unterschied. Sie wollen die nationalen Parlamente entrichten und entmachten. Das wollen wir nicht. Deswegen hoffe ich wie Sie, dass am 9. Juni viele Menschen zur Wahl gehen und Europa stärken, und zwar ein Europa der Vaterländer. - Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Minister.

**Rainer Robra (Staats- und Kulturminister):**

Herr Abg. Roi, ich weiß nicht, ob Sie die Stellungnahme Ihres Fraktionsmitglieds - vielleicht reden Sie auch selber - vorweggenommen haben. Soweit ich verstanden habe, haben Sie mir unterstellt, dass ich das Konzept des Nationalstaats abgelehnt hätte. Das mag Ihrer inneren Anspannung bei diesem Thema geschuldet sein, dass Sie nicht richtig zuhören.

Ich habe eine Reihe von Problemen beschrieben, die Konflikte, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die Herausforderungen durch den Klimawandel, die Digitalisierung, die Migrationsströme, den Wettbewerb mit systemischen Konkurrenten usw. Ich habe dazu bemerkt, dass nationalstaatliche Konzepte für die Bewältigung dieser Herausforderungen ungenügend sind.

*(Zustimmung bei der CDU, von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Andreas Silbersack, FDP)*

Gerade mir so etwas zu unterstellen, verwundert mich schon. Ich habe ein sehr klares nationalstaatliches Grundbewusstsein und eine nationalstaatliche Grundüberzeugung, die auch in meiner kulturpolitischen Arbeit zum Ausdruck kommt. Ich muss mich dabei von niemandem überbieten lassen. Ich weiß aber, dass wir in der Europäischen Union gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, die die gleichen Konzepte haben wie wir, mehr erreichen können angesichts der großen Dimension dieser Welt mit Kontinenten, auf denen jedenfalls zurzeit eine viel größere Dynamik herrscht als in Europa und vielen europäischen Mitgliedstaaten. Ohne dieses Miteinander in der Europäischen Union würden wir dramatisch scheitern. Das ist für mich der Kern des Ganzen.

*(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)*

Das motiviert mich auch, für das Miteinander in der Europäischen Union auf der Grundlage der jeweiligen nationalen Konzepte der Mitgliedstaaten zu werben.

*(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP - Marco Tullner, CDU: Sehr gut!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Robra. - So. Wir sind jetzt bei der Aussprache zur Regierungserklärung, und zwar nach der Redezeitstruktur „E“, also mit folgenden Redezeiten je Fraktion: AfD 15 Minuten, SPD sechs Minuten, Die Linke acht Minuten, FDP fünf Minuten, GRÜNE vier Minuten und CDU 26 Minuten. Wir steigen ein mit Herrn Rausch für die AfD-Fraktion.

*(Beifall bei der AfD)*

**Tobias Rausch (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister Robra, mit der Regierungserklärung „Sachsen-Anhalt wählt ein starkes Europa!“ möchte die Landesregierung vor der Europawahl noch einmal die Chance zur Lobpreisung der Europäischen Union nutzen. Sie singen das Loblied auf die Europäische Union und die angeblich auch so tollen Errungenschaften. Sie wollen für eine positive Stimmung in der Bevölkerung sorgen, für mehr Akzeptanz und die Vorteile herausstellen.

Wie wollen Sie das machen? - Man hört Sie immer sagen, wir müssen den Leuten besser erklären, welche Vorteile sie von Europa haben. Dann sagen Sie, wir müssen den Leuten ganz klar verdeutlichen, welche Bauvorhaben, Infrastruktur, Straßen, Brücken, welche Ein-

richtungen, Schwimmbäder, Sporthallen, durch Mittel der Europäischen Union gefördert worden sind. Dann wollen Sie große Plakate aufstellen, auf denen steht: EFRE-, ELER-Mittel, ist mit Mitteln der Europäischen Union finanziert worden. So wollen Sie die Europäischen Union anpreisen.

Man stellt sich schon die Frage, warum sich jemand so anstrengen muss, um diese vermeintlichen, tollen Errungenschaften anzupreisen. Er ist so sehr damit beschäftigt, die Problemlagen, die für jeden Bürger offensichtlich sind, zu verschleiern, damit der Eindruck der ach so tollen Union bestehen bleibt, meine Damen und Herren.

*(Beifall bei der AfD)*

Aber wie sieht die Realität aus? - Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 2022 sage und schreibe 30,8 Milliarden € an die EU überwiesen und tatsächlich - das ist Ihre tolle Union - ca. 11,1 Milliarden € von der EU aus den genannten Fördertöpfen wiederbekommen, wie Herr Minister Robra gerade lautstark ausgeführt hat.

Immer mehr Bürger hinterfragen nicht nur angesichts der politischen Fehlentwicklungen den Nutzen der EU-Mitgliedschaft. Schließlich dient Deutschland vor allem nicht als Freund oder Partner, sondern als Zahlmeister. Deutschland ist Zahlmeister.

*(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Ja! - Jawohl!)*

Noch einmal: Deutschland hat im Jahr 2022 mit rund 30,83 Milliarden € den höchsten nationalen Beitrag zum EU-Haushalt gezahlt. Der Negativsaldo Deutschlands belief sich dabei auf 19,7 Milliarden €. 19,7 Milliarden € haben

wir weniger wiederbekommen, als wir eingezahlt haben. Es gibt tolle Statistiken, an denen man erkennen kann, Frankreich ist auch ein großer Zahler, sie bleiben auf 10 Milliarden € sitzen, Italien auf 3,9 Milliarden €. Wer profitiert davon? - Polen mit 11,9 Milliarden €, Rumänien mit 5,6 Milliarden €,

*(Sebastian Striegel, Grüne: Wir nennen es Solidarität! - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Nein! Die sind alle weg, wenn wir nichts mehr zahlen, weil sie nur deshalb da sind!)*

Ungarn mit 4,4 Milliarden €.

Wenn wir uns ansehen, wohin viele unserer wirtschaftlichen Standorte in Deutschland verlegt werden, dann merken wir, sie werden gerade nach Polen verlegt. Warum? - Weil die Infrastruktur topp ist. Jeder, der zur Ostsee fährt und einen Abstecher an die polnische Ostsee macht, der kann sehen, wie die Straßen, Autobahnen und Brücken nagelneu sind, topp Infrastruktur. Wir fahren teilweise bei uns im Kreis über Brücken, die halbseitig gesperrt sind, weil sie einen Sanierungstau haben.

*(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Ja! - Genau! - Jawohl!)*

Man darf auch nicht vergessen, diese 19,7 Milliarden € jedes Jahr sind mehr, als wir in Sachsen-Anhalt im Landeshaushalt zur Verfügung haben.

*(Jan Scharfenort, AfD: Richtig! - Dr. Katja Pähle, SPD: Wir bezahlen es ja auch nicht!)*

- Ja, aber es bezahlt die Bundesrepublik Deutschland, und in der kann man es über den Länderfinanzausgleich herunterbrechen. Das ist immer das typische Argument der Altparteien, ja, wir zahlen es nicht, wir hätten

es vom Bund auch nicht bekommen. Dann müssen Sie Ihren Einfluss einmal nutzen und sagen: Lieber Olaf, ich brauche mehr Geld für Sachsen-Anhalt. Hört auf damit, es nach Europa zu überweisen, sondern hier ist es richtig angelegt.

*(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)*

Vielleicht kann sich Frau Pähle wie Herr Scholz aber wieder nicht daran erinnern.

*(Lachen bei der AfD)*

So. Gleichzeitig zahlt Deutschland 237 € pro Kopf an die EU. Luxemburg erhält z. B. 696 € pro Kopf von der EU. Sieht man sich die Vermögensbestände an, dann stellt man fest, dass Luxemburg einen Haushaltsmedian pro Einwohner von 739 000 € hat und Deutschland einen Haushaltsmedian pro Einwohner von 106 000 €. Also, wer diesen Widerspruch nicht erkennt, dem ist nicht zu helfen.

*(Beifall bei der AfD - Jan Scharfenort, AfD: Ja!)*

Gleichzeitig bleiben selbst die EU-Fördergelder in Sachsen-Anhalt - Sie haben es selbst gesagt - nicht selten ungenutzt, weil die Bürokratie, die Förderproblematik so anspruchsvoll ist, dass die Mittel gar nicht beantragt werden. Viele Kommunen sagen, wir beantragen die Fördermittel gar nicht, weil die Höhe der Mittel, die wir kriegen, den Aufwand, um sie zu beantragen, gar nicht rechtfertigt.

Dann heißt es immer, ja, wir haben doch Vorteile davon, es bringt uns weiter. Ich sage Ihnen eines: Diese Mittel und Prozeduren, womit sich die Leute in den Kommunen beschäftigen müssen, bringen uns gar nicht

weiter. Durch dieses ganze Prozedere entsteht noch mehr Fachkräftemangel, weil Ressourcen, die jetzt vorhanden sind, gebunden werden und diese Leute keine anderen Aufgaben mehr übernehmen können.

*(Zustimmung bei der AfD - Jan Scharfenort, AfD: Richtig!)*

Wie man das nicht erkennen kann, das verstehe ich nicht.

*(Dr. Falko Grube, SPD: Das glaube ich!)*

Um es noch einmal zu sagen: Wir bekommen nicht einmal die Hälfte, und das Geld bekommen wir dann nicht einfach so, sondern wir müssen genau die Regularien einhalten.

Dann stelle ich mir die Frage, wer würde denn freiwillig an jemanden Geld zahlen, wenn er dann von einem Dritten Vorschriften bekommt, was er zu tun hat, um sein Geld, das er selber eingezahlt hat, wiederzubekommen. Das würde gar kein normaler Mensch machen. Das machen nur Leute, die den wirtschaftlichen Selbstmord begehen, und das begehen Sie als Koalition und als Parteien im Bund und in Europa.

Ich frage mich wirklich, haben wir keine anderen Probleme, Herr Minister Robra. Ich frage mich wirklich, wie es mit der Infrastruktur in Sachsen-Anhalt aussieht. Wie sieht es mit Straßen und Brücken aus? Wie sieht es mit Schulen und Kindergärten aus? Wir hatten in unserer Kommune einen Kindergarten, den wir schließen mussten, weil die Kommune kein Geld mehr dafür hatte, um den Kindergarten zu sanieren.

*(Zuruf von der AfD: Pfui!)*

Dann haben wir gehört: Krankenhäuser. Das Land will 1 Milliarde € nehmen, um damit die Uni-Klinik zu sanieren. Das Geld wäre da. Es wird nur woandershin verteilt. Das ist das, wozu Sie gesagt haben, relativer Wohlstand. Sie wollen unseren Wohlstand abbauen, damit Sie woanders den Wohlstand aufbauen können. Das ist Ihr relativer Wohlstand.

*(Beifall bei der AfD)*

Die Redezeit reicht gar nicht aus, um alle Faktoren einmal zu beleuchten. Bleiben wir beim Thema Rente stehen, wie es mit dem Rentenniveau aussieht, dass die Leute teilweise nur 50 % von dem bekommen, was sie früher einmal verdient haben. Wie sieht es denn in Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien aus? Dort bekommen sie weit mehr als 90 %. Das ist eine völlige Ungerechtigkeit. Sie treten auch viel eher in die Rente ein. Das sind alles Sachen, die nicht solidarisch sind. Sie sind sehr unsolidarisch gegenüber der deutschen Bevölkerung. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

*(Beifall bei der AfD)*

Wir haben in Sachsen-Anhalt den größten Niedriglohnsektor in Deutschland. Jeder Vierte in Sachsen-Anhalt verdient weniger als 1 500 € im Monat. Ich weiß gar nicht, wie Sie dann ruhigen Gewissens sagen können, wir müssen es weiter an die Europäische Union geben. Man kann auf so viele Politikfelder gehen und z. B. zur Wohneigentumsquote kommen. In Deutschland besitzen 46,7 % Wohneigentum. In Polen sind es 87,2 %, in den Niederlanden 70,6 %, in Spanien 76 %.

*(Jan Scharfenort, AfD: Ja!)*

Das heißt, sie sind pro Kopf viel vermöglicher als die Deutschen, aber zahlen viel weniger. Das macht gar keinen Sinn.

*(Jan Scharfenort, AfD: Ja!)*

Das kann man nur verstehen, wenn man Altparteienpolitiker ist. Ansonsten kann ich es mir nicht erklären.

*(Beifall und Lachen bei der AfD)*

Sie wollen dieses Bürokratiemonster EU, das Sie selber festgestellt haben, das die Bürger durch immer neue Verordnungen gegängelt, immer weiter vorantreiben. Das zeigt uns eines: Sie stehen alle zusammen für den EU-Zentralismus, für die Gängelung der Bürger durch sinnlose Verordnungen, die sich 50 000 Beamte in Europa ausgedacht haben, um das Leben so schwer wie möglich zu machen. Ich denke an die Gebäudeverordnung, an das Verbrenner-Aus. Ich denke an die Klimahysterie,

*(Jan Scharfenort, AfD: Ja!)*

an den Green Deal, an den Kampf gegen die deutsche Wirtschaft, der damit verbunden ist - Sie haben es selber angesprochen -, die Automobilindustrie.

Sie stehen alle für die Einführung des Ökosozialismus. Sie stehen für ein undemokratisches Europa. Sie stehen für ein Europa der Bevormundung und Sie stehen vor allem für eines exemplarisch, für die Schuldenunion. Sie brechen selber Verträge, die Sie ausgehandelt haben, indem Sie Griechenland einfach mir nichts, dir nichts gerettet haben. Sie haben dafür Sorge getragen, dass Deutschland noch

1 Billion € von den EU-Mitgliedstaaten bekommt. Das sind die sogenannten Target-2-Salden - für diejenigen, die es nicht wissen. Sie haben, Stichwort „ESM“, dafür gesorgt, dass wir immer weiter haften müssen.

*(Jan Scharfenort, AfD: Genau! Ist so!)*

Das ist Ihre Leistung. Herzlichen Glückwunsch!

*(Beifall bei der AfD)*

Kurzum: Sie stehen für all das, wofür wir nicht stehen. Sie sind sich in den wesentlichen Fragen einig, alle zusammen, und Sie veranstalten jedes Mal, wichtig vortragend, eine wegweisende Richtungswahl für Europa auf einer Schiene. Sie tauschen einfach den Lokführer aus. Zurzeit heißt der Lokführer von der Leyen, der gar nicht gewählt werden konnte. Demnächst gibt es den nächsten Lokführer. Wer das sein wird, das werden wir sehen. Ob Frau von der Leyen noch die Ermittlungen wegen Korruption übersteht, das ist auch fraglich. Das ist nämlich diese tolle Europäische Union, die wir haben, in der mit Pfizer irgendwelche Milliarden deals abgeschlossen werden, in der irgendwelche Dokumente gelöscht werden, woran sich keiner mehr erinnern kann.

Wir waren mit dem Ausschuss in Europa und konnten es selber hören von dem Gast, den wir eingeladen haben. Das hat in Brüssel gar keinen gewundert, weil Frau von der Leyen auch schon als Verteidigungsministerin in Deutschland mit solchen Vorgehensweisen aufgefallen ist. Ich will nur sagen, solche Sachen nützen nicht Deutschland in Europa, sondern schaden Deutschland in Europa.

*(Beifall bei der AfD)*

Was Sie auch wollen, das sind die vereinigten Staaten von Europa.

*(Holger Hövelmann, SPD: Ja!)*

Dabei vergessen Sie, dass die EU nicht Europa ist und dass Europa nicht die EU ist. Das ist eine ganz einfache Kiste.

*(Guido Heuer, CDU: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind auch nicht ganz Amerika!)*

Dann sagen Sie, ja, Sie wollen das. Man kann es auch dem Koalitionsvertrag der Ampel entnehmen. Darin steht es ganz klar:

„Die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen wir für Reformen. Erforderliche Vertragsänderungen unterstützen wir. Die Konferenz sollte in einen verfassungsgebenden Konvent münden und zur Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen [...].“

*(Holger Hövelmann, SPD: Ja!)*

Also, dazu muss ich Ihnen sagen, wir stehen dafür nicht. Wir stehen auch nicht für die Vergemeinschaftung von Schulden, für eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung und für ein paar andere Sachen. Wir stehen für ein Europa souveräner Nationalstaaten.

*(Beifall bei der AfD - Guido Kosmehl, FDP: Auch nicht für den Binnenmarkt? Das ist untrennbar!)*

Wir stehen im Gegensatz zu Ihnen auch für einen völlig anderen Politikansatz, für einen Politikansatz, der zum Wohle des deutschen Volkes ist, einen Ansatz, der bei den wesentlichen Entscheidungen immer erst das Wohl

Deutschlands und dann Europas im Blick hat. Wir stehen für ein Europa der souveränen Nationalstaaten.

*(Dr. Falko Grube, SPD: Deswegen werden Ihre Leute auch aus Russland und China bezahlt! Ist ja lächerlich!)*

Wir stehen für ein Europa, das einen gemeinsamen Binnenmarkt hat. Wir stehen für ein Europa, das Reise- und Freizügigkeit hat.

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nach China?)*

Wir stehen für ein Europa

*(Guido Kosmehl, FDP: Das geht nur mit der EU!)*

mit gemeinsamem Grenzschutz an den EU-Außengrenzen.

*(Guido Kosmehl, FDP: Das geht nur mit der Europäischen Union!)*

- Wir brauchen doch dafür keine Europäische Union.

*(Guido Kosmehl, FDP: Natürlich!)*

Sie muss sich erst einmal reformieren, um auf den Weg zu kommen.

*(Beifall bei der AfD)*

Der Gedanke der Europäischen Union war die Wertegemeinschaft. Das haben Sie schon vergessen, weil Sie einen Zentralstaat schaffen wollen, Herr Kosmehl.

Sie wissen doch mit freiheitlichen Werten gar nichts mehr anzufangen. Sie, die FDP, haben sich immer groß als freiheitlich deklariert,

*(Zuruf von der AfD: Geschichte!)*

aber Sie haben mit freiheitlichen Werten schon lange nichts mehr zu tun.

*(Zuruf von der AfD: Richtig!)*

Sie wollen den Leuten vorschreiben, was sie zu denken haben.

*(Zuruf von der AfD: Westerwelle würde sich im Grabe umdrehen, wenn er das hier mitkriegen würde!)*

Sie wollen die Leute bevormunden, ihnen etwas in den Mund legen.

Wir stehen für ein Europa souveräner Staaten, die sich einig sind. Wir wollen die Festung Europa gegen illegale Migrationsströme.

*(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)*

Wir stehen für Freiheit. Wir stehen für ein modernes Europa, das den Ländern nicht vorschreibt - wie Sie das gern tun -, wie sie zu leben haben, bspw. Polen oder Ungarn. Wenn die nämlich nicht nach Ihrer Pfeife tanzen, wie Sie es gern hätten, dann wollen Sie sie durch Zahlungsmittel dazu bringen, das doch zu machen. Wir stehen für ein selbstbewusstes Europa, das sich eben nicht diktieren lässt, wen es sanktionieren soll und wen nicht, Beispiel: Russland-Sanktionen.

*(Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE: Wie viel haben Sie denn dafür gekriegt? - Sebastian Striegel, GRÜNE: Wie viel war diese Rede wert?)*

Damit Europa leben kann, muss die EU grundlegend reformiert werden, meine Damen und Herren.

*(Beifall bei der AfD)*

Die AfD unterstützt die Idee eines Verbundes souveräner europäischer Nationen, Herr Kosmehl, die zum Wohle ihrer Bürger in all jenen Angelegenheiten zusammenwirken, die gemeinsam besser bewältigt werden können, z. B. beim europäischen Grenzschutz.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

Hierzu bedarf es einer neu zu gründenden europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, in der die Souveränität der Mitgliedstaaten tatsächlich gewahrt wird. Die Mitgliedstaaten müssen sich viele Zuständigkeiten zurückholen, um handlungsfähiger zu werden und so weiterhin Frieden und Wohlstand für ihre Bürger zu sichern. Das setzen Sie nämlich aufs Spiel.

Weil wir überzeugte Europäer sind, stehen wir für ein Europa der souveränen Nationalstaaten und ein Europa der freien Völker. Wer kein Europa der Bevormundung und des Sozialismus will, der muss zur Europawahl ganz klar die AfD wählen,

*(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)*

damit wir gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, den Niederlanden, Finnland und sonst wo dafür sorgen können,

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

dass die Völker in Europa eines bleiben: nämlich frei. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Bravo!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Für die Fraktion der SPD spricht Herr Holger Hövelmann. - Bitte.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Hohes Haus! Verehrter Herr Rausch, die Europäische Union ist mehr als eine Plus-Minus-Rechnung.

*(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

Die Europäische Union ist Solidarität, die Europäische Union ist Nachteilsausgleich.

*(Lachen bei der AfD - Jan Scharfenort, AfD: Ja, wenn man seine eigenen Leute rausnimmt! - Weitere Zurufe von der AfD)*

Die Europäische Union ist Frieden, ist Wohlstand und ist Sicherheit.

Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist der gleiche - verzeihen Sie mir den Ausdruck - Quatsch und Mist, den die Brexit-Befürworter vor dem Brexit vorgetragen haben.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN - Olaf Meister, GRÜNE, lachend: Ja! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Die bereuen das inzwischen!)*

Fragen Sie einmal die Briten, wie sie das heute sehen. Hätten Sie da doch einmal genau zugehört.

*(Zuruf von Matthias Büttner, Staßfurt, AfD)*

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt auch ein Aber. Im vergangenen Jahr hat der Mitteldeutsche Rundfunk eine Umfrage

veröffentlicht, laut der mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Mitteldeutschland sagt: Die Europäische Union ist mir egal; ob sie da ist oder ob sie nicht da ist, spielt keine Rolle. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten sagt sogar: Das europäische Projekt hat keine Zukunft mehr, eigentlich kann es weg.

*(Zustimmung bei der AfD - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Ja!)*

Der Ruf der Europäischen Union ist in der Bevölkerung offensichtlich schlecht. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese Einschätzung auf einem Missverständnis beruht.

*(Jan Scharfenort, AfD: Ja, man muss das nur besser erklären!)*

Denn wir würden ohne diese Union - ich habe das Beispiel Brexit genannt - sehr schnell merken, was fehlt. In unserem Land würde vieles nicht mehr funktionieren, vieles wäre nicht möglich und auf kommunaler Seite nicht bezahlbar. Kaum ein Bauer in der Börde, in der Altmark oder im Harz könnte ohne EU-Förderung existieren.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE - Oh! bei der AfD - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Genau, hat ja auch vorher nicht funktioniert!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gäbe kein Pflegeheim, kein Krankenhaus, kein Speditionsunternehmen in unserem Land, das ohne EU-Bürgerinnen und EU-Bürger als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter funktionieren würde.

*(Zustimmung bei der SPD - Lothar Waehler, AfD: Und die Sonne geht morgens auch nicht mehr auf!)*

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, die EU muss sich weiterentwickeln. Wir brauchen eine europäische Förderpolitik, die den Bürgern die Angst vor kommenden Strukturwandel nehmen kann. Wir brauchen einen gerechten Verteilmechanismus für Flüchtlinge und Migranten. Wir brauchen Lösungen für eine saubere und sichere Energieversorgung auf dem gesamten Kontinent. Wir brauchen eine europäische Außenpolitik, die sich allen Attacken gegen den Frieden auf unserem Kontinent widersetzt, egal ob in der Ukraine oder auf dem Balkan.

*(Beifall bei der SPD)*

Das klingt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie große, weit entfernte Politik, aber es trifft genau unser Leben hier in Sachsen-Anhalt. Was in Brüssel und Straßburg zu Themen wie Fördermitteln, Migration, Strukturwandel oder Energie beschlossen wird, das betrifft uns hier vor Ort.

*(Zuruf von der AfD)*

Wir merken das, was dort entschieden wird.

Dass Europawahlen und Kommunalwahlen in diesem Jahr am gleichen Tag stattfinden, ist mehr als ein Symbol. Europapolitik und Kommunalpolitik gehen Hand in Hand. Eine blockierte, handlungsunfähige Union würde für unsere Kommunen ein Desaster bedeuten.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der AfD, wer glaubt, dass man Sachsen-Anhalt oder gar Deutschland als Ganzes vom europäischen Kontinent trennen kann,

*(Jan Scharfenort, AfD: Das wollen wir doch gar nicht! - Frank Otto Lizureck, AfD: Das hat doch gar keiner gesagt!)*

der hat offensichtlich noch nie auf die Landkarte geschaut.

*(Zuruf von der AfD)*

Jeder, der von einem Ende dieser Europäischen Union träumt, verfolgt sicherlich viele Interessen - das Wohl unseres Landes ist es jedenfalls nicht.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE)*

Meine Damen und Herren von der AfD, bei Ihnen klingt das immer so patriotisch deutsch. Ich bin mir gar nicht sicher, ob Sie deutsche Patrioten, russische Patrioten

*(Lachen und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Oh! bei der AfD)*

oder - wenn man in den Nachrichten des gestrigen Tages verfolgt hat, dass der Mitarbeiter Ihres Europawahlspitzenkandidaten verhaftet worden ist wegen Spionageverdachts für China -

*(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)*

ob Sie vielleicht sogar chinesische Patrioten sind.

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die haben alles im Kopf, nur nicht das Wohl dieses Landes!)*

Die Frage muss sich jeder einmal stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen. Wir reden über die Zukunft und über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union. Wenn wir über die Zukunft reden, müssen wir insbesondere über die jungen Menschen reden. Ich sage einmal flapsig: Sie müssen später das ausbaden, was wir heute entscheiden. Deshalb sind - Herr Robra hat es angesprochen - bei dieser Europawahl zum ersten Mal Jugendliche ab 16 Jahren wahlberechtigt. Das ist ein sehr guter Schritt. Gerade in einem alternden Land wie Sachsen-Anhalt sollten wir besonders auf die Stimme der jungen Menschen hören.

Ich kann daher nur alle jungen Menschen ermutigen, zu dieser Wahl zu gehen. Lassen Sie Ihre Stimmen nicht ungenutzt; es ist Ihre Zukunft. Wählen Sie ein starkes, ein modernes Europa, ein Europa, das uns Frieden, Wohlstand und Sicherheit gebracht hat und hoffentlich auch Ihnen bringen wird. - Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Andreas Silbersack, FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. Es gibt eine Intervention.

**Jan Scharfenort (AfD):**

Ich möchte nur ergänzen: Diese einseitige Darstellung ist reiner Wahlkampf. Das ist auch verständlich aus Ihrer Sicht. Letztendlich schauen wir als AfD immer: Was nützt uns als Deutschland, was nützt uns nicht? Wenn

wir mit Ländern zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten, dann tun wir das. Da schauen wir auch nach allen Seiten. Vielleicht haben Sie ja zur Kenntnis genommen - natürlich wird die Presse auch darüber nicht berichten -: Am Wochenende hatten wir bspw. Amerikaner, Republikaner, hier im Landtag. Wir sind also durchaus auch amerikafreundlich,

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Aber von denen kriegen Sie kein Geld!)*

wir sind russlandfreundlich, wenn man so will. Wir wollen letztlich mit allen Ländern gute Beziehungen pflegen, wenn das zum gegenseitigen Vorteil ist, auch zu unserem Vorteil, für Deutschland.

*(Dr. Falko Grube, SPD: Na klar, zu Ihrem Vorteil! Klar!)*

So normal und rational sind wir ganz einfach.

*(Beifall bei der AfD)*

**Holger Hövelmann (SPD):**

Ich darf erwidern, Herr Präsident?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Aber selbstverständlich.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Glauben Sie das ernsthaft, was Sie sagen?

*(Lachen und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Natürlich, das hat er doch gesagt! Haben Sie nicht zugehört?)*

Glauben Sie das wirklich?

*(Jan Scharfenort, AfD: Haben Sie einmal zur Kenntnis genommen, was wir hier am Wochenende hatten? Nein! Hat die Presse darüber berichtet? Nein! Warum macht sie es nicht?)*

Also, ich weiß nicht. Vertreter der Bundestagsfraktion der AfD oder Mitglieder von Landtagsfraktionen Ihrer Partei fahren nach Russland,

*(Jan Scharfenort, AfD: Ja, und?)*

um Putins Wahl zu unterstützen,

*(Jan Scharfenort, AfD: Aha!)*

um deutlich zu machen mit einer schönen Verbeugung: alles demokratisch, alles toll, alles super in Russland.

*(Zuruf von der AfD: Das haben Sie doch vor 35 Jahren auch gemacht! Erzählen Sie doch nicht so einen Mist!)*

Überlegen Sie doch einmal: Was sind denn die Interessen, für die Sie dort eintreten?

*(Jan Scharfenort, AfD Welche Interessen vertreten Sie denn?)*

Ich jedenfalls nehme Ihnen das von vorn bis hinten nicht ab.

*(Zustimmung bei der SPD - Jan Scharfenort, AfD: Welche Interessen vertreten Sie denn? Die von Deutschland jedenfalls nicht! -Weitere Zurufe von der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Hövelmann.

*(Unruhe)*

- Ein bisschen Konzentration, bitte. - Danke.
- Herr Gallert.

**Wulf Gallert (Die Linke):**

Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift, die für die Regierungserklärung avisiert worden ist, bricht sich natürlich etwas - das ist naturgegeben - mit dem, was der Chef der Staatskanzlei und Europaminister hier vorgetragen hat. Während die Überschrift eine mutige Behauptung aufstellt, nämlich dass Sachsen-Anhalt ein starkes Europa wählt - wohinter ich lieber ein Fragezeichen setzen würde -, hat er einen Tätigkeitsbericht der Landesregierung vorgetragen. Nun gut, das ist sein Job. Aber ich werde - verzeihen Sie es mir bitte, Herr Robra - weniger auf diesen Tätigkeitsbericht eingehen als vielmehr auf das Frage- oder Ausrufezeichen, für das diese Regierungserklärung Anlass gegeben hat.

Warum sage ich, dass wir dahinter ein Fragezeichen setzen müssen? - Das sage ich deswegen, weil diese Europäische Union bedroht ist. Natürlich kann auch mit dieser Europawahl eine Entscheidung fallen, nach der wir in Zukunft nicht mehr über Strukturfonds reden. Es kann tatsächlich eine politische Entscheidung sein, nach der wir auch nicht mehr über einen Just Transition Fund reden. Es kann auch eine politische Entscheidung sein, die endgültig Schluss macht mit offenen Grenzen in Europa,

*(Zustimmung bei der AfD)*

und zwar innerhalb dieser Europäischen Union und außerhalb der Europäischen Union.

Es kann auch eine Wahl sein, die endgültig die letzten Reste von Kontrolle, von Rechtsstaatlichkeit innerhalb dieser Europäischen Union der Vergangenheit angehören lässt. Deswegen müssen wir über diese Wahl reden. Denn - das ist das Entscheidende - die eigentliche Bedrohung dieser Europäischen Union kommt nicht von außen. Sie kommt nicht aus Russland, sie kommt nicht aus China, sie kommt auch nicht aus den USA, sondern sie kommt von innen.

*(Sven Rosomkiewicz, CDU: Ja! Ja! - Zuruf von der CDU: Das stimmt!)*

Von innen deswegen, weil diese Europäische Union gefährdet ist durch die Verfolgung nationaler Interessen im Gegensatz zu einer Gemeinschaft. Dies ist kein Problem mehr, das sich nur am politischen Rand befindet. Dieses Problem sitzt als Ministerpräsidenten in Landesregierungen bzw. Regierungen von Mitgliedstaaten. Es sitzt im Europäischen Parlament und, ja, es droht im Europäischen Parlament stärker zu sein.

Die erste große Gefahr für die Europäische Union ist der Glaube, nationalstaatliche Interessen als egoistische Interessen in Europa durchsetzen zu können. Wer für ein starkes Europa sein will, der muss sich gegen dieses Wiedererwachen des Nationalismus richten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

*(Beifall bei der Linken - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

Das sage ich aus voller Überzeugung; denn das haben wir im 20. Jahrhundert erlebt. Wir können uns ein Europa der Nationalstaaten angucken, und zwar auf Bildern des Sommers 1945.

*(Oh! und Lachen bei der AfD)*

Das ist die Alternative zur europäischen Integration, liebe Kolleginnen und Kollegen.

*(Beifall bei der Linken - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

Deswegen werden wir alles tun, um diese nationalistische Alternative zur Europäischen Union zu verhindern.

Aber es gibt eine zweite, eine zweite reale Gefährdung für diese Europäische Union, und das ist die sinkende Akzeptanz, die sinkende Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese hat nicht nur zu solchen Umfragen geführt, die Holger Hövelmann jetzt hier vorgetragen hat, nein, sie hat im Falle der Abstimmung in Großbritannien zum Austritt aus der Europäischen Union geführt. Dann gucken wir uns einmal an, was damals in Großbritannien passiert ist. Wer hat dafür gestimmt, diese Europäische Union zu verlassen?

*(Holger Hövelmann, SPD: Arbeiter!)*

Das waren in erster Linie Arbeiter. Das waren die Leute, die in ihrer Existenz andauernd bedroht waren. Das waren diejenigen, die pessimistisch nach vorn geguckt haben, die unter der neoliberalen Wende Thatchers massiv zu leiden hatten. Die haben für den Austritt gestimmt.

Die erste und die zweite Lehre, die wir ziehen müssen, ist: Wer die Europäische Union verteidigt, der muss sie als sozialen Schutzraum für die Menschen aufbauen.

*(Beifall bei der Linken - Zustimmung bei der SPD)*

Sie müssen sie als soziale Garantie erleben. Sie müssen die Europäische Union als Rechtsstaatsgarantie erleben, als einen Schutzraum, der ihnen die Menschenrechte organisiert und bewahrt und kontrolliert. Das ist die Alternative.

Wer meint, die Europäische Union zurückzusetzen auf einen einfachen Freihandelsmarkt,

*(Zuruf von der AfD: Jawohl!)*

der macht genau das Gegenteil: Der organisiert die Steuerflucht innerhalb dieses gemeinsamen Marktes in das Land mit den niedrigsten Steuern, das übrigens hier und da einmal Deutschland ist, im Fall Apple und Co. aber z. B. Irland ist. Die Gewinne, die sie erwirtschaften, vor allen Dingen auch in Deutschland, werden nach Irland transferiert und dort nicht versteuert. Sie gehen dem deutschen Steuerzahler sozusagen verloren. Was ist die Folge? - Mangelnder Schulausbau, mangelnde Infrastruktur, mangelnde soziale Leistungen.

Wer eine wirkliche Europäische Union im Interesse der Menschen haben will, der muss für ein gemeinsames Steuersystem eintreten und darf nicht Steuerflucht organisieren.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)*

Das muss man tun, um die Akzeptanz der Europäischen Union zu erhöhen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

Das erleben die Menschen ganz hautnah. Wenn sie erleben - nehmen wir einmal die Logistikbranche -, dass die rumänischen Lkw-Fahrer mit einem viel geringerem Arbeitnehmerschutz, mit viel geringeren Löhnen und

manchmal auch mit einer viel, viel schlechteren technischen Ausstattung im Fahrzeug, die natürlich billiger sind, den Markt abräumen, und zwar dadurch, dass sie unter diesen miserablen Arbeitsbedingungen leiden, dass ihnen durch eine Arbeitswelt, die in dieser Europäischen Union möglich ist, grundlegende Menschenrechte entzogen wird, dann müssen wir uns nicht darüber wundern, dass die Menschen sagen: Das ist ein Fehler.

Was ist aber die Alternative? Ist es eine Alternative, rumänische Lkw-Fahrer von deutschen Straßen zu verbannen? - Nein. Die Alternative ist, ihnen die gleichen sozialen Rechte in der gesamten Europäischen Union zu garantieren, auch in Deutschland.

*(Beifall bei der Linken)*

Dass der rumänische Lkw-Fahrer im Bereich des Arbeitsrechts mit den gleichen Rechten ausgestattet wird wie im deutschen Arbeitsrecht, ist das Ziel, vor dem wir stehen.

Vielleicht noch etwas zur Plus-Minus-Rechnung, die typische Milchmädchenrechnung der AfD. Ich will überhaupt nicht in Zweifel ziehen, dass Sie niemals über diese Schwelle hinüberkommen.

*(Hendrik Lange, Die Linke, lacht)*

Dazu sage ich ganz klar: Natürlich ist die exportorientierte deutsche Wirtschaft nach wie vor der größte Nutznießer dieses gemeinsamen Marktes. Gehen wir doch einmal auf das polnische Beispiel ein. Ja, Polen ist, und zwar seit Jahren, einer der großen Profiteure einer Umverteilung auf dem Binnenmarkt.

Schauen wir uns die Situation in Sachsen-Anhalt an. Wir hatten in der Vergangenheit ein

riesiges Problem, weil die Märkte, für die die großen Kombinate zu DDR-Zeiten auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt produziert haben, nämlich die Chemieindustrie und der Schwermaschinenbau, fast ihren gesamten Absatz in Osteuropa hatten; innerhalb des RGW war das ganz normal.

Diese Dinge sind im Jahr 1990 radikal zusammengebrochen. Das war eine der ganz großen Hypotheken, die bei uns dazu geführt hat, dass wir die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Verschuldung usw. usf. hatten. Aber in der Zwischenzeit hat sich etwas entwickelt. Wer ist inzwischen, im Übrigen nach wie vor mit großem Abstand, der größte Exportmarkt für Betriebe aus Sachsen-Anhalt? - Das ist Polen. Mit Exporten im Wert von 3 Milliarden € haben wir mit Polen den größten ausländischen Absatzmarkt für die Betriebe aus unserem Land, liebe Kollegen.

Warum haben wir ihn? - Weil es innerhalb der Europäischen Union eine wirtschaftliche Entwicklung für Polen gegeben hat. Das ist der Hintergrund dafür, warum man innerhalb der Europäischen Union mit Aufbau und Solidarität die eigene Wirtschaft entwickeln kann, statt mit Abschottung. Das ist der Unterschied zur AfD, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Danke.

*(Beifall bei der Linken - Zustimmung von Juliane Kleemann, SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich danke auch. - Für die FDP-Fraktion spricht Herr Silbersack.

*(Jan Scharfenort, AfD: Sie haben aber die Fragezeichen vergessen!)*

**Andreas Silbersack (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Unsere Zukunft ist Europa, eine andere haben wir nicht.“ - Das sind Worte von Hans-Dietrich Genscher, einer der wesentlichen Außenminister und ein wahrer Europäer, meine Damen und Herren.

*(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)*

Für uns kann es keinen Zweifel geben: Wir brauchen eine starke europäische Gemeinschaft, eine starke Europäische Union, außenpolitisch und wirtschaftlich. Wir erleben einen Widerstreit der Interessen von Amerika, China und Europa - darin einbezogen der Rest der Welt -, wie wir ihn bisher nicht gekannt haben. Insofern ist der 9. Juni von ganz wesentlicher Bedeutung für die Frage: In welche Richtung entwickelt sich Europa? In welche Richtung entwickelt sich Deutschland?

Wir können es uns nicht leisten, dass das Europa der 27 Nationalstaaten auseinanderdriftet. Wir können es uns nicht leisten, dass Partikularinteressen einzelner Staaten in den Vordergrund treten. Wenn jeder für sich die Frage, die vorhin von Herr Scharfenort gestellt wurde, was nützt es uns, was nützt es mir, in den Fokus rückt, dann ist das die Trumpsche Vorstellung von der Welt: Ich zuerst, dann lange nichts. Das ist nicht die Idee von Europa, meine Damen und Herren.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Wir brauchen eine Gemeinschaft. Wir brauchen einen Grundkonsens. Ich muss einmal ganz deutlich sagen - an der Stelle bitte ich einfach auch die AfD, einmal darüber nachzudenken -: Es gibt in den letzten 30 Jahren auf dem

Binnenmarkt keinen größeren Profiteur als Deutschland. Unser Wohlstand basiert auf diesem Binnenmarkt.

*(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)*

Es ist ein Binnenmarkt, der Milliarden gebracht hat, der uns Arbeitsplätze - jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland ist exportorientiert - gebracht hat. Das heißt, wir sind seit dem Jahr 2000 der größte Nutznießer dieser Europäischen Union. Wenn Sie sagen, das wollen wir nicht, wir wollen Zölle, wir wollen Schranken, wir wollen erst einmal an uns denken, dann schießen wir uns damit selbst ins Knie. Damit sind wir nicht einverstanden. Das machen wir nicht mit.

*(Lothar Waehler, AfD: Wo fließen denn die Gewinne hin?)*

Wir wollen ein starkes, freies Europa. Wir wollen selbstverständlich Nationalstaaten mit eigener Identität; das ist überhaupt keine Frage. Aber es muss die Fähigkeit dazu bestehen zusammenzukommen. Die Fähigkeit, bei der Frage der Wirtschaft, bei der Frage der Migration, bei der Frage von Lieferketten, bei der Frage des Klimas einen Konsens zu bilden, ist die große Herausforderung. Der Widerstreit, den wir im Augenblick erleben, fußt doch darauf, dass 27 Nationalstaaten unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie das eine oder das andere erreicht werden kann.

Deshalb bin ich Herrn Macron sehr dankbar dafür, dass er mit Blick auf den Green Deal gesagt hat: Lasst uns doch einmal etwas piano machen; lasst uns nicht uns selbst überfordern. Es ist auch Ausdruck einer Europäischen Union, dass man wieder miteinander streitet und die Dinge miteinander löst. Das heißt nicht, dass

ich den Abgesang von Europa erkläre, sondern, dass ich näher zusammenrücke.

Ich verspreche Ihnen eines: Es wird in der Zukunft stärker und wichtiger denn je sein. Wenn wir am 9. Juni eine Wahl erleben, die proeuropäisch ausfällt, dann bin ich fest davon überzeugt, dass es im Widerstreit mit den Interessen von China und Amerika ein starkes Europa, auch ein zukunftsfähiges Europa sein wird, meine Damen und Herren.

Zu der Frage, wie es mit einzelnen Themen weitergeht, z. B. mit dem Thema Migration, sage ich: Glauben Sie denn wirklich, dass das ein Land für sich klären kann? Das müssen wir gemeinsam klären.

*(Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)*

Ich persönlich glaube nicht, dass die Entscheidung Großbritanniens, dass die Ruanda-Lösung das Allheilmittel sein wird. Das wird auch nicht funktionieren. Lassen Sie uns lieber gemeinsam ein Europa der Zukunft bauen.

Ob es eine Fiskalunion sein wird, eine Sozialunion, das sind alles Fragen, die man gemeinsam klären muss. Jedes Land muss natürlich sein Interesse wahren. Aber eines ist klar: Sie werden den Abschwung, Sie werden den Niedergang, auch in Deutschland, voranschreiten lassen, wenn hier ein Protektionismus raumgreift, der uns in dieser Welt am ehesten schadet.

Ich neide es niemanden, nicht den Polen, nicht den Griechen, nicht den Spaniern; wenn sie Vorteile, wenn sie einen Aufschwung haben, dann freue ich mich mit. Denn das ist es, was die Zukunft für ein gemeinsames, starkes Europa bildet.

*(Zuruf von Frank Otto Lizureck, AfD)*

Denn nach dem Krieg - daran will ich auch erinnern - waren es die anderen Länder, die uns geholfen haben, die Dinge wieder aufzubauen. Wenn wir uns hinstellen und sagen: Nein, wir zuerst, dann erst einmal lange nichts, dann ist das nicht der Geist, der nach 1945 Europa zu dem gemacht hat, was es ist, meine Damen und Herren.

*(Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)*

Für uns in Sachsen-Anhalt - das sage ich ganz klar; Herr Gallert hat es bereits gesagt -, mitten in Europa, ist ein Partner wie Polen eine Prosperität im Zusammenhang, im wirtschaftlichen Miteinander. Das ist etwas Positives. Genau so müssen wir Europa verstehen.

*(Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)*

Ich kann den Wählerinnen und Wählern für den 9. Juni nur eines sagen: Wenn wir ein starkes Europa wollen, dann müssen wir proeuropäisch denken; dann dürfen wir nicht als Erstes nur an uns selbst denken; dann muss gemeinsam die Frage der Wirtschaft, der Migration, der Schrittgeschwindigkeit beim Green Deal gelöst werden.

*(Zurufe von Jan Scharfenort, AfD, und von Frank Otto Lizureck, AfD)*

Das schaffen wir nur gemeinsam. Dafür muss jeder nicht nur an sich, sondern eben auch an den anderen denken. Das ist der Unterschied zu Ihnen, liebe AfD. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Silbersack. - Herr Rausch hat eine Frage.

*(Zuruf von der AfD)*

**Tobias Rausch (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Kollege Silbersack, Sie meinten, wir sollen doch in uns gehen und den Binnenmarkt nicht infrage stellen. Ich frage Sie, ob Sie mir nicht zugehört haben. Ich habe in meinem Redebeitrag ganz klar gesagt, dass wir für einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt sind.

*(Guido Kosmehl, FDP: Aber der geht nur in der EU! - Zuruf von der AfD: Das stimmt doch gar nicht! - Unruhe)*

- Herr Kosmehl ist gerade nicht dran. - Wir sind für weitreichende Reformen der EU, dafür, dass der Abbau der Bürokratie erfolgt, dass die Bevormundung aufhört. Sie selbst haben ein paar Sachen angesprochen. Wenn es nicht geht, dann muss man die EU wieder auf eine Gemeinschaft reduzieren, die sich überwiegend auf den Binnenmarkt, auf die Reisefreiheit usw. konzentriert. Das ist unser Konzept.

*(Unruhe - Zuruf von Juliane Kleemann, SPD)*

Unser Konzept ist es nicht - - Dass Sie als FDP-Politiker der Mär von Herrn Gallert auf den Leim gehen, dass es gut ist, wenn die Polen und wir wirtschaftliche Beziehungen haben - -

Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel: VW hat das Werk für den VW-Crafter in Düsseldorf geschlossen und hat es nach Polen verlagert, dort mit EU-Fördermitteln, mit Subventionen aus Polen gebaut. Die Zuliefererbetriebe aus

Sachsen-Anhalt, Nemak und Trimet, liefern nun die Werkzeugteile und die Maschinenteile nicht mehr nach Düsseldorf, wo das Auto zusammengebaut wurde, sondern nach Polen. Es hat sich nur verlagert. Wir haben Arbeitsplätze aus Düsseldorf nach Polen verlagert.

Sie haben gesagt, dass Sie darauf stolz sind und es gut finden. Das nehme ich zur Kenntnis. Ich kann nur jedem raten, der sich das angehört hat, sich zweimal zu überlegen, die FDP zu wählen. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Bravo!)*

**Andreas Silbersack (FDP):**

Zweimal die FDP zu wählen, ist natürlich richtig.

*(Frank Otto Lizureck, AfD: Das passiert, wenn man die Zusammenhänge nicht erkennt! - Zuruf von der AfD: Strack-Zimmermann geht voran! - Lachen bei der AfD - Guido Heuer, CDU: Diese Meinung hast du exklusiv!)*

Selbstverständlich ist es gut, wenn wir gute wirtschaftliche Beziehung zu Polen haben. Wenn Pat Gelsinger von Intel genauso denken würde wie Sie, dann wäre er als Letztes auf die Idee gekommen, tatsächlich eine Investition in Magdeburg zu tätigen.

*(Zustimmung bei der FDP)*

Das ist es doch gerade. Das ist dieses protektionistische Denken, dass man im Grunde genommen in einem eingekesselten Ich denkt. So funktioniert die Welt aber nicht; wir können nur Gemeinschaft.

*(Zuruf von der AfD: Das stimmt doch nicht!  
- Tobias Rausch, AfD: Das stimmt doch gar nicht!)*

Eines sage ich noch: Die Europäische Union basiert auf Verträgen.

*(Unruhe)*

- Hören Sie mir doch einfach einmal zu! - „Verträge“ wie „vertragen“, d. h., man schließt einen Konsens. Dazu gehört eben auch der Binnenmarkt.

*(Jan Scharfenort, AfD: Ja, richtig!)*

Das heißt, man hat sich konsensual auf etwas verständigt, bei dem der eine etwas gibt, aber der andere eben auch. Das eröffnete uns den Binnenmarkt und ist das, was uns in den letzten 30 Jahren unseren Wohlstand beschert hat. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Binnenmarkt haben. Wenn Sie sagen, Sie wollen den Binnenmarkt, aber Sie wollen im Grunde den Rest nicht, dann kann der Vertrag nicht gehalten werden.

*(Unruhe - Tobias Rausch, AfD: Sie haben uns nicht zugehört! Das ist das Problem! Sie haben nicht zugehört!)*

- Das ist die Wahrheit, lieber Herr Rausch, und deshalb haben Sie unrecht. - Danke.

*(Unruhe)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Wir kühlen einmal wieder runter. Wir haben die nächste Rednerin, Frau Frederking für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

*(Unruhe)*

**Dorothea Frederking (GRÜNE):**

Danke. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ein starkes Europa ist widerstandsfähig, gerecht, solidarisch und gibt Sicherheit.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Gerade die Zusammenarbeit und die Einigkeit innerhalb der EU sind für die Interessen der Nationalstaaten gut, aber eben für die Interessen von allen Mitgliedstaaten. Für uns ist es wichtig, dass der Green Deal weitergeht.

*(Zurufe von Jan Scharfenort, AfD, und von Daniel Roi, AfD)*

Er bewahrt unsere Lebensgrundlagen, schafft konsequenten Klimaschutz, bringt Ökosysteme wieder in Balance, sorgt für eine klimaneutrale Wirtschaft und ist zugleich ein kraftvolles Konjunkturprogramm. Er macht Europa gegen die gravierenden Auswirkungen des Klimawandels widerstandsfähiger.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Er ist essentiell. Es geht hierbei um Notwendigkeiten. Wir setzen alles daran, dass Rückabwicklungen gestoppt werden.

Sehr geehrter Herr Robra, wir brauchen eine echte Vision für Europa, um den Herausforderungen begegnen zu können, um das zu machen, was Europa wirklich stark macht. Diese Antworten habe ich in Ihren Ausführungen vermisst.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Wir brauchen Transformationen. Sie können aber nur dann gelingen, wenn sie auch sozial gerecht sind. So konnte, dank grüner Initiative, beim ETS 2, dem neuen Emissionshandelssystem ab dem Jahr 2027, nicht nur eine stärkere jährliche Reduzierung bei den Zertifikaten, sondern auch die Einrichtung eines Klimasozialfonds erreicht werden.

Auch wenn die Sozialpolitik immer noch in erster Linie Sache der Mitgliedstaaten ist, wollen wir sie auf EU-Ebene bedeutsamer machen und setzen uns bspw. für eine nach den Mitgliedstaaten differenzierte Mindestlohnrichtlinie ein.

Auch mit der Energieunion ist die EU gut vorgekommen. Ich erinnere an das Jahr 2022. Deutschland konnte, als die Hälfte der AKW in Frankreich stillstand, Frankreich mit erneuerbarem Strom helfen; umgekehrt hat uns Frankreich mit Gas versorgt.

*(Zustimmung von Susan Sziborra-Seidlitz, GRÜNE)*

Das heißt, wenn wir in Europa besser zusammenarbeiten, wird die Energieversorgung für uns alle billiger und sicherer.

In der Perspektive kann es nur um erneuerbare Energien gehen. Deshalb, Herr Bernstein, kein europäisches Fördergeld aus dem Corona-Wiederaufbaufonds für AKW.

*(Zuruf von Marco Tullner, CDU)*

Es muss das wiederhergestellt werden, was uns erhält. Wir begrüßen das Renaturierungsgesetz zur Wiederherstellung der Natur. Renaturierungsflächen werden weiter bewirt-

schaftet und können z. B. das dringend benötigte Wasser in der Landschaft halten. Das sichert die Ernten von morgen.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Wir wollen, dass zusätzlich zu diesem Gesetz mit einer Richtlinie sichergestellt wird, dass die Renaturierungsflächen auch untereinander vernetzt werden. Nur so können sie auch ökologisch sinnvoll wirken und gute Lebensräume für Pflanzen, Tiere und Insekten schaffen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, kurz GAP, spielt eine große Rolle. Nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ möchten wir, dass agrarökologische Maßnahmen, die zugleich den Bäuerinnen und Bauern helfen, auskömmlich über die GAP finanziert werden. Wir wünschen uns einen neuen und besseren Vorschlag der Kommission zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln. Es gilt: Erhalten, was uns erhält. Man denke z. B. an die Bestäubungsleistungen der Insekten.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dorothea Frederking (GRÜNE):**

Angesichts der politischen Landkarte im In- und Ausland, der durch Russland gekauften Kandidaten, der Spionage für China, der Manipulationsversuche und der Desinformation geht es darum, die Europäische Union zu schützen; denn nur dann kann sie uns weiterhin schützen.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dorothea Frederking (GRÜNE):**

Am 9. Juni haben es die Bürgerinnen und Bürger in der Hand, die richtige Wahl für die demokratischen Kräfte zu treffen und Europa in der Erfolgsspur zu halten. - Vielen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kurze.

**Markus Kurze (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille.“ - Das sagte einmal Helmut Kohl, Ehrenbürger Europas wegen seiner herausragenden Verdienste um die europäische Einigung.

Kohl war ein Verfechter eines eng miteinander verbundenen Europas, insbesondere des europäischen Binnenmarktes. Europa war für Kohl aber stets mehr als ein Wirtschaftsprojekt. Helmut Kohl verstand den Gedanken an ein geeintes Europa als Überwindung des nationalstaatlichen Denkens, ohne dass man die Nationen vergisst, sowie als Lehre aus zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg.

Europa stellte sich ihm als Erbe dar; ein Erbe, in dem die freiheitlich-demokratischen Staaten

durch ihre Grundwerte und Ideale verbunden sind. Im Kampf gegen die Unfreiheit im Osten Europas, die Teilung Deutschlands stand Helmut Kohl ebenso an vorderster Front wie bei der politischen Einigung Europas.

Welchen Gedanken und Grundwerten folgt nun die Idee Europas? - Ein geeintes, friedliches und wirtschaftlich erfolgreiches Europa - das ist die Idee, die schon Jahrhunderte alt ist. Es ist die Idee von Freiheit, Demokratie, Frieden und Gleichheit, von der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, von der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz für alle. Es ist die Idee von einem Europa, in dem es letztlich um Frieden und um ein gemeinsames Miteinander geht.

Die Idee von Europa folgt drei Grundprinzipien, dem Personalprinzip, das die persönliche Freiheit beinhaltet, dem Solidaritätsprinzip, das die persönliche Freiheit begrenzt, und dem Subsidiaritätsprinzip, das aussagt, dass eine höhere staatliche oder gesellschaftliche Einheit erst dann eingreifen darf, wenn die Kräfte der untergeordneten Einheit nicht ausreichen. Die Ausgestaltung des letzten Prinzips darf, meine sehr verehrten Damen und Herren, durchaus kritisch hinterfragt werden.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Zur Geschichte. Auch wenn die Idee eines friedlichen und geeinten Europa schon wesentlich älter ist - ich habe es schon gesagt -, nahm die Europäische Union konkrete Gestalt erst nach dem Zweiten Weltkrieg an. Von Otto von Bismarck wird in der Nachbetrachtung posthum ein Bild gezeichnet, nach dem er sich mit der Zeit zu einem guten Europäer entwickelt hat. Wenn man das in Frankreich so sieht, wird schon etwas dran sein. Er galt in Frankreich nicht nur als Schmied der geeinten deutschen Nation, der die europäischen Gleichgewichte

respektierte; im Nachhinein hat man auch seine anderen Ideale anerkannt.

Im Jahr 1949 gab es die Gründung des Europarates. Zehn westdeutsche Länder bekannten sich zur Demokratie, zu Menschenrechten und zur Rechtsstaatlichkeit. 1951 gab es die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Das war ein erster wesentlicher Schritt eines anhaltenden Friedens; denn kein einzelnes Land sollte mehr in der Lage sein, Kriegswaffen herzustellen, um sie gegen ein anderes Land einzusetzen.

1957 gab es die Römischen Verträge. 1958 kam zum ersten Mal eine europäische parlamentarische Versammlung zusammen; das war ein Vorläufer des EU-Parlaments. 1968 fiel der Startschuss für die Zollunion und die Europäische Gemeinschaft erweiterte sich auf neun Mitgliedstaaten. Auch die Einrichtung eines Fonds der europäischen Regionalpolitik konnte man in diesem Jahr verbuchen. 1979 wählten die Bürger der neun Mitgliedstaaten erstmals das Europäische Parlament.

Die von Helmut Kohl erwähnte zweite Seite der Medaille, die Deutsche Einheit, nimmt mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in den 1980er-Jahren Gestalt an. In dieser Zeit wächst die Europäische Gemeinschaft weiter und erste Schritte in Richtung eines gemeinsamen Binnenmarktes werden gedacht.

1989 fällt die Berliner Mauer. Die Grenze zwischen Ost und West ist nach 28 Jahren wieder offen und schon 1990 treten die neuen Bundesländer der Europäischen Gemeinschaft bei.

Weitere Meilensteine folgten, der Vertrag von Maastricht 1992. Im Jahr 1994 wurde das Abkommen über die Europäische Wirtschaft

geschlossen und drei weitere Länder schlossen sich der Gemeinschaft an. Der grenzfreie Reiseverkehr wurde vereinbart; darüber konnten sich die Europäer ab 1995 freuen. 1999 wurde der Euro als eine gemeinsame Währung in elf Mitgliedstaaten eingeführt.

In den 2000er-Jahren wächst die Union weiter und sie rückt näher zusammen. Denn die Terroranschläge vom 11. September 2001 machten eine intensivere Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung notwendig. Zehn weitere Länder treten der EU 2004 bei; 2007 folgen zwei weitere. Der Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat, modernisierte vieles in der EU.

2012 erhält die EU den Friedensnobelpreis. Ihr Beitrag zur Förderung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten während der vergangenen sechs Jahrzehnte wurde damit honoriert. Man kann es nur noch einmal sagen: Der Erhalt des Friedens innerhalb Europas ist keine einfache Aufgabe gewesen und Gott sei Dank hat man es bis heute auch so hinbekommen.

Die Gemeinschaft wuchs auf 28 Staaten heran, aber im Jahr 2020 verließ uns das Vereinigte Königreich.

Wie sollen nun die EU, wie soll Europa in den kommenden Jahren aussehen? - Zur Frage, wie das Europa von morgen aussehen soll, startete man 2021 eine auf ein Jahr angelegte Konferenz zur Zukunft Europas. Man bot den Menschen in ganz Europa an, das Europa von morgen direkt mitzugestalten. In dem Ideenwettbewerb von Bürgern der EU konnten die Menschen mitgestalten, Prioritäten und Herausforderungen der Gemeinschaft diskutieren und Empfehlungen geben, wie sie zukünftig leben wollen.

Im Ergebnis kamen 326 Maßnahmen und 49 konkrete Vorschläge zusammen. 95 % dieser Vorschläge wurden vom Rat als umsetzbar bezeichnet. Seit 2022 ist man nun dabei, die Ideen der Menschen auch umzusetzen.

Menschen in Europa stellen sich Europa von morgen auf alle Fälle mit einer stärkeren und noch besseren Wirtschaft vor. Es soll natürlich demokratisch-europäische Bürgerforen geben. Es soll rechtsstaatlich sicher sein. Die Menschen stellen sich Europa auf der internationalen Ebene aktiver und stärker vor.

Denn der Wirtschaftsraum, der sich eigentlich bietet, konkurriert letztlich auch mit anderen großen Wirtschaftsräumen. Aber wir haben eine ordentliche Stärke und die muss vielleicht an der einen oder anderen Stelle aus der Sicht der Menschen auch noch besser ausgespielt werden. Denn es gibt in vielen Sektoren eine Abhängigkeit von anderen Ländern, die nicht in Europa liegen. Auch in dieser Hinsicht will man wieder unabhängiger werden. Dazu haben die Vorredner bereits eine Menge gesagt, weshalb ich darauf nicht eingehen möchte.

Am Ende meiner Rede möchte ich aus der politischen Sicht heraus einige Ausblicke geben. Verbote und Zwänge, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie bspw. das Verbrenner-Aus und die Gebäuderichtlinie, gehen ein Stückweit an der Lebenswirklichkeit und an der Leistungsfähigkeit der Menschen vorbei.

*(Zustimmung bei der FDP - Guido Kosmehl, FDP: Ja!)*

Deshalb müssen wir gemeinsam verstärkt darauf achten, dass dann, wenn solche übertragenden Themen in Europa diskutiert werden, alle einbezogen werden, damit es zukünftig nicht zu diesen Fehlentwicklungen kommt.

*(Guido Kosmehl, FDP: Oder es wird am Ende teuer!)*

Wenn man am Ende merkt, dass manche Dinge - das habe ich schon einmal vorgetragen - nicht so laufen, wie man es sich vorgestellt hat, dann muss die Politik in der Lage sein, das zu erkennen und zu korrigieren. Deshalb ist in dem Programm der Union für die Europawahl enthalten, dass wir das Aus für das Verbrenner-Aus wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

*(Guido Kosmehl, FDP: Dank der FDP!)*

- Es ist immer gut, wenn man einen Partner hat, der uns am Ende flankiert. Andersherum ist es genauso.

*(Guido Heuer, CDU: Du bist aber heute auf Kuschkurs! - Andreas Silbersack, FDP: Oh! - Guido Kosmehl, FDP, lacht)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht alles lustig, was passiert. Neben den wirtschaftlich harten Fakten, über die wir gerade gesprochen haben, gibt es auch schwerere Themen. Das Thema Migration beschäftigt die Menschen auch im Vorfeld der Wahl, die jetzt ansteht.

Wenn der polnische Regierungschef, Herr Tusk, im Februar nach Deutschland kommt, Olaf Scholz besucht und im Rahmen seines Besuches klar und deutlich sagt, dass es eine Frage des Überlebens der westlichen Zivilisation sei und dass man aufwachen und verstehen müsse, dass wir auch unsere Grenzen schützen müssten, dann sind das klare Worte von Herrn Tusk. Zudem hat er gesagt, dass dann, wenn wir offen für alle Formen der Migration seien, unsere Welt, die westliche Welt, so wie wir sie kennen, irgendwann unter einer Last zusammenbrechen werde.

*(Zustimmung bei der FDP - Zuruf von der CDU: Ja!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Stelle hat Herr Tusk recht. Herr Tusk ist nun wahrlich kein Nationalist.

*(Guido Kosmehl, FDP: Realer!)*

Er ist ein Realist. Ich würde mir manchmal wünschen, dass man diese klare Debatte auch in Deutschland führen kann. Das ist momentan nicht mehr so einfach. Das kann jeder aus seinem Blickwinkel betrachten. Aber wenn wir nicht mit den Menschen reden, sondern nur über sie, dann müssen wir uns nicht darüber wundern, dass wir nicht enger zusammenrücken, sondern weiter auseinanderdriften.

Wenn die Europäische Union eine sichere Zukunft haben soll, dann müssen die Nationalstaaten und auch wir als Länderparlamente mehr darauf achten, wo die Zuständigkeiten liegen, damit Debatten und Entscheidungen nicht parallel entstehen.

*(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)*

Vor neuen Regelungen ist immer zu prüfen, ob nicht national, regional oder lokal Handlungsmöglichkeiten bestehen, bevor sich die EU dieses Thema auf den Tisch zieht.

Die Deutsche Einheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie sind es deshalb, weil Freiheit die unabdingbare Voraussetzung für den Frieden ist. Frieden braucht Wohlstand, gemeinsame Lösungen und keine Alleingänge.

Die Überschrift der Debatte lautete „Sachsen-Anhalt wählt ein starkes Europa!“. Man könnte

auch sagen: Nur, wenn möglichst viele Menschen mitgestalten, mitmachen und zur Wahl gehen, dann bleibt Europa stark und Freiheit und Sicherheit bleiben gewährleistet. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten! - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Kurze. - Es gibt eine Frage von Herrn Gallert.

**Markus Kurze (CDU):**

Als hätte ich es geahnt.

**Wulf Gallert (Die Linke):**

Lieber Markus Kurze, wenn wir den geschichtlichen Abriss so ausführlich vornehmen, dann kann man noch ein wenig weiter zurückgehen. Wir begehen gerade das Immanuel-Kant-Jahr; er wurde vor 300 Jahren geboren. Bereits vor ca. 230 Jahren hat er die Entwicklung eines sich ausbreitenden Bundes als das Modell für Europa entwickelt, das sich gegen den Krieg innerhalb Europas wehrt. Insofern befinden wir uns vielleicht sogar in einer noch längeren Traditionslinie.

Aber gerade deswegen frage ich Sie einmal. Wir alle haben heute tatsächlich noch nicht ein Thema berührt, über das auch ziemlich intensiv diskutiert wird. Es geht um die Fragen: Inwiefern soll die Europäische Union eigentlich eine Militärmacht werden? Inwiefern soll sie ein Rüstungsprojekt werden? Nun ist ganz klar, wir lehnen das ausdrücklich ab, weil wir

wissen, dass für das andere dann kein Geld mehr bleibt und wir dadurch eher eine Rüstungsspirale anheizen. Ich würde aber gern einmal wissen: Was denkt Markus Kurze eigentlich darüber, der sich ja in vielen anderen Fragen, gerade auch bei solchen Dingen, von seiner Bundespartei deutlich absetzt?

*(Ulrich Siegmund, AfD, lacht)*

Wie steht Kollege Kurze dazu, diese EU zu einem Rüstungs- und Militärprojekt zu machen?

**Markus Kurze (CDU):**

Also, ich war kürzlich bei dem 14K3-Marsch. Diejenigen, die sich mit den Reservisten und der Bundeswehr näher auskennen, wissen, was dieser Marsch bedeutet. Vor 14 Jahren sind drei Fallschirmjäger der Bundeswehr bei Gefechten in Afghanistan umgekommen. Es waren erstmals längere Gefechte, bei denen es viele Verletzte und sogar auch Tote gab. Die Reservisten gemeinsam mit der Bundeswehr erinnern in jedem Jahr mit Märschen und Veranstaltungen daran. Es ist also eine neue Erinnerungskultur, die am Ende auch unsere Bundeswehr stärkt, gerade im öffentlichen Raum.

Ich habe dort einige Worte an die Damen und Herren gerichtet. Mir war es wichtig, es am Ende so zusammenzufassen: Die Bundeswehr ist - und das soll sie auch bleiben - eine Armee zur Verteidigung. So sehe ich das auch mit Europa. Europa muss sich sicherlich verteidigen.

*(Zuruf von der AfD)*

Dazu muss man sich in dem Bündnis weiter stärken. Aber ich bin auch kein Freund davon,

dass wir wieder in einen - ich sage es einmal so - Rüstungswettbewerb eintreten, wie wir ihn aus dem Kalten Krieg kennen. Ich bin eher der Freund der Diplomatie und halte es mit Clausewitz; er war ja ein Militärtheoretiker und großer Sohn meiner Heimatstadt Burg: Man sollte erst diskutieren, bevor man zu anderen Mitteln greift. Ich denke, dass ich damit zumindest meine Grundhaltung hier noch einmal deutlich dargestellt habe. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Kurze. - Damit sind wir am Ende der Regierungserklärung und der Debatte dazu angelangt. Beschlüsse fassen wir hierzu nicht. Deshalb ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Mir ist das Bedürfnis zur Kenntnis gelangt, den Tagesordnungspunkt 30 vorzuziehen. Der Tagesordnungspunkt hat eine Besonderheit, die wir im Vorfeld klären müssen, bevor wir in den Punkt einsteigen können. Und zwar haben Sie alle gerade einen Alternativantrag bekommen, der zeitlich für den nächsten Tag vorgesehen ist, für heute nicht ganz. Für heute wäre es ein bisschen schnell. Wenn aber das Hohe Haus dem zustimmt, diesen trotzdem heute zu behandeln, dann können wir das tun.

*(Zuruf von der Linken)*

Ich frage Sie: Stimmt jemand gegen die Behandlung jetzt?

*(Zuruf von der CDU: Nein!)*

- Nein. Das ist wunderbar. Dann können wir so verfahren und in die Behandlung einsteigen.

Wie gerade gesagt, alle haben den Vorabdruck bekommen. Ich habe es gerade gesehen.

Wir kommen zu dem

### **Tagesordnungspunkt 30**

Beratung

#### **Internationaler Jugendaustausch muss selbstverständlich werden**

Antrag Fraktion Die Linke - **Drs. 8/4033**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und FDP - **Drs. 8/4076**

Frau Hohmann möchte den Antrag gern einbringen. - Dann soll sie das tun.

#### **Monika Hohmann (Die Linke):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir den Tagesordnungspunkt heute noch behandeln können, sodass wir den heutigen Tag mit Europa füllen und auch abschließen können.

Angesichts der Tatsache, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr erstmals das neue Wahlrecht ab 16 Jahren greift - das wurde vorhin schon mehrfach erläutert -, müssen das bisherige Engagement im Bereich der Europabildung gebündelt, institutionelle Strukturen geschaffen und bisherige Projekte verbindlich so gestaltet werden, dass die europäische Idee in jedem Klassenzimmer stärker ankommt als bisher.

*(Zustimmung bei der Linken - Zuruf von Stefan Gebhardt, Die Linke)*

Bereits in der letzten Wahlperiode hat meine Fraktion das Thema „Europäischer Schüler- und Jugendaustausch“ hier im Hohen Haus auf die Tagesordnung gebracht. Zwei Punkte wurden damals nicht berücksichtigt. Ich hatte deshalb angekündigt - ich denke, Herr Kurze wird sich bestimmt noch daran erinnern; denn er hat nämlich auch eine Rede dazu gehalten -, in der nächsten Legislaturperiode noch einmal einen Aufschlag zu machen. Und das mache ich heute.

*(Zustimmung bei der Linken)*

Denn für uns ist es wirklich wichtig, dass jeder junge Mensch in Sachsen-Anhalt wenigstens einmal bis zu seinem 25. Lebensjahr ein europäisches Land besucht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wissen, dass der Schwerpunkt des europäischen Schüler- und Jugendaustausches nicht nur auf der Schule liegt, sondern auch darauf, dass alle Jugendlichen auch außerhalb der Schule die Möglichkeit haben, Europa zu erleben. Wir möchte uns deshalb besonders dafür einsetzen, dass junge Menschen unabhängig von der Schulform, dem Bildungshintergrund, der Herkunft, der Familiensituation, einer Behinderung, der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung, von individuellen Fähigkeiten oder von ökonomischen Voraussetzungen an diesen Austauschprogrammen teilnehmen können.

*(Zustimmung bei der Linken)*

Für uns steht fest, dass der europäische Gedanke allen Heranwachsenden vermittelt werden muss.

Ich möchte heute in meinen Ausführungen natürlich sehr stark auf den Schüler- und Jugendaustausch eingehen. Nachdem ich mich in den letzten Jahren mit diesem Thema stärker auseinandergesetzt habe, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, dass dies ein wichtiges Anliegen ist und einen Beitrag dazu leisten kann, die Ungleichheiten im Bildungssystem abzubauen.

Wie sich die meisten von Ihnen vorstellen können, beschränken sich Schüler- und Jugendaustausche, gerade wenn es um mehrtägige Fahrten geht, weitestgehend auf Gymnasien. Diese sind noch immer Spitzenreiter derjenigen, die an solchen Austauschprogrammen teilnehmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiter dafür sensibilisieren, diese Programme auf Sekundarschulen - es gibt einige wenige Europaschulen - und auch auf Förderschulen auszuweiten; denn sie sind bislang fast gar nicht mit dabei.

Fragt man junge Leute nach ihren Erfahrungen und der Wirkung ihrer Austauscherlebnisse, so stellt man fest, dass die Ergebnisse eigentlich immer positiv sind. Zum Beispiel sagte ein Jugendlicher: Man sieht in den Augen der anderen, wie die Vorurteile zusammenbrechen. Man stellt fest, dass wir z. B. die gleiche Musik hören oder dass wir dieselben Stars verfolgen. Die Gemeinsamkeiten entdecken wir schnell. Ein anderer Jugendlicher sagte: Wenn wir eine Sportbegegnung veranstalten, ist Fußball unsere gemeinsame Sprache. - Also auch das ist möglich.

Jugendliche, die eine längere Zeit im Ausland verbracht haben, können zu Wegbereitern besserer Verständigung sowohl im Ausland als auch im Inland werden. Sie kennen ihr Land, haben das Gastland erlebt und kehren meist offener und toleranter nach Hause zurück. Dank dieser Erfahrungen können Sie dazu bei-

tragen, dass Deutschland noch weltoffener wird und man Fremde nicht als Bedrohung empfindet.

*(Zustimmung bei der Linken)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß, dass sich die Landesregierung schon bemüht hat. Ich sage das, damit ich nicht wie beim letzten Mal wieder die Kritik von Herrn Robra ernten muss.

*(Zuruf von Stefan Gebhardt, Die Linke)*

Wie gesagt, sie haben sich bemüht, in den letzten zwei Jahren an der Erweiterung der Schüler- und Jugendaustausche zu arbeiten. Ich habe sogar die Berichterstattung der Landesregierung an den Landtag gelesen. Bei meiner Recherche fand ich den Bericht über die europäischen und internationalen Aktivitäten des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2024. Darin sind einige Maßnahmen aufgeführt worden. Aber wenn man sich damit zufriedengibt, dass wir 150 Schulen in Partnerschaft mit europäischen Schulen haben, dann ist das ein bisschen wenig, wenn man bedenkt, dass wir fast 900 Schulen haben. Und wenn man sich damit begnügt, dass 500 Schülerinnen und Schüler in diesem Jahr an einem solchen Austauschprogramm teilnehmen,

*(Stefan Gebhardt, Die Linke: Das ist nichts!)*

dann ist das - ich sage es einmal so - ein Tropfen auf einen heißen Stein.

*(Zustimmung bei der Linken)*

Deshalb sollte es aus unserer Sicht eine verbesserte und zielgruppengerechte Aufarbeitung der Informationen über bestehende Möglichkeiten geben, an europäischen Austauschprogrammen teilzunehmen.

Nach wie vor müssen wir feststellen, dass auch wir uns bemühen müssen, geeignete Maßnahmen zur Vereinfachung des Antragsverfahrens für die Gewährung von Zuschüssen zu europäischen Austauschmaßnahmen zu schaffen. Es ist schon ein bisschen was passiert, aber das reicht bei Weitem nicht aus.

Deshalb denken wir, dass es sinnvoll wäre, den Ausbau von Informations- und Beratungszentren zu forcieren. Die Landesregierung könnte z. B. die Kapazitäten, die wir momentan haben, nämlich in den Europe-Direct-Zentren, die es in Halle und Magdeburg gibt, deutlich aufstocken. Beides sind außerschulische Bildungsträger, die jedoch das Bildungsministerium beauftragen könnte, auch Schulen zu beraten. Auch das wäre möglich.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass es an den Schulen eine Art Informationsbroschüre gibt, in der diese Programme dargestellt werden, sodass die Lehrerinnen und Lehrer alles gebündelt in einer Hand haben und nachschauen können, wenn es um die Fragen geht: Wo können wir hinfahren? Was kostet das? Wer ist für mich Ansprechpartner usw.? Das würde schon eine ganze Menge vorwegnehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! In unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, entsprechend dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz Ost vom Juni 2023 den Austausch zwischen Frankreich und den Ostbundesländern zu festigen, indem Strukturen, Verbände und Fachkräfte des bilateralen Jugendaustausches in Sachsen-Anhalt gestärkt werden. Dieser umfasst selbst 35 Jahre nach der Wende nur einen Bruchteil dessen, was an Fördermitteln des DFJW, also des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, in Anspruch genommen wird.

Hierbei tritt wieder das gleiche Problem wie bei anderen Austauschprogrammen auf. Die Fördermittel sind vorhanden. Es fehlt aber an Strukturen, Verbänden und Fachkräften, die jene durchführen können. Das bestätigt auch meine Kleine Anfrage, die ich im letzten Jahr gestellt habe, als ich nämlich fragte: Welche Probleme sieht die Landesregierung bei den Austauschprogrammen?

Ich zitiere einmal einen Teil der Antwort: Ein Problem für die Träger der Jugendarbeit ist, dass vielfältige Fördertöpfe für Projekte zur Verfügung stehen, das Personal allerdings in der Regel nicht gefördert bzw. finanziert wird. Eigene Finanzierungsmittel für Mitarbeitergehälter stehen dem Träger häufig nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Das Personal ist jedoch notwendig, sowohl um Maßnahmen zu planen und umzusetzen als auch um die Projektfördermittel zu beantragen und sachgerecht zu verwalten. Dies sind arbeitsintensive Tätigkeiten, die durch rein ehrenamtlich tätige Personen nur in deutlich eingeschränktem Maße umgesetzt werden können. Es gilt, hierbei weitere Anstrengungen zu unternehmen, damit das Projekt Europa zunehmend erfolgreicher werden kann.

Das wollen wir auch mit unserem Antrag heute bewirken. Ich habe schon gesehen, in dem Alternativantrag der Koalition ist Analoges enthalten. Ich denke, wir werden diesem zustimmen, weil das der richtige Weg ist, den wir einschlagen wollen.

Zusammenfassend kann ich feststellen: Damit bereits junge Menschen von den vielen Vorteilen der europäischen Integration profitieren und ihre Werte schätzen lernen können, sollen Kinder und Jugendliche so früh wie möglich internationale Erfahrungen sammeln, eine Vorstellung vom europäischen Einigungsprozess

entwickeln und sich reflektierend natürlich damit auseinandersetzen. Nur so erfahren sie selbst, was die europäische Zusammenarbeit so besonders macht. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Zustimmung bei der Linken)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich danke für die Einbringung - Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Feußner. - Bitte.

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand, der bereits erlebt hat, wie sehr internationale Begegnungen junge Menschen prägen können, wird die Bedeutung dieses Themas infrage stellen. Gerade hinsichtlich eines offenen, zukunftsgerichteten und demokratischen Sachsen-Anhalts ist die Bearbeitung dieses Themas für uns eine Aufgabe, der wir uns bereits mit großem Engagement widmen.

Angesichts des Antrages und auch des Alternativantrages ist es mir zunächst wichtig, eine klare Einordnung der Begrifflichkeiten vorzunehmen. Dem Jugendaustausch liegt die außerschulische Arbeit mit jungen Menschen im Alter zwischen 13 und 26 Jahren zugrunde. Und beim Schüleraustausch nimmt die schulische Arbeit die Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen und schulformenübergreifend in den Blick. Diese Unterscheidung ist in Bezug auch auf die Akteure und auf die eingebundenen Institutionen natürlich sehr wesentlich.

Uns allen ist bewusst, vor welchen immensen Herausforderungen unsere Schulen aktuell stehen. In dieser Situation steht der ureigene Auf-

trag der Schule, nämlich der Bildungsauftrag, im Fokus. Wir müssen zunächst den Unterricht in den Fächern der Studententafel und somit auch die Unterrichtsorganisation absichern. Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, jetzt ein Modellprojekt einzuführen, bei dem Lehrkräfte als internationale Koordinatorinnen und Koordinatoren anteilig freigestellt werden und somit nicht mehr für den Unterricht zur Verfügung stehen.

Ich weiß, dass der Aufwand, der mit der Organisation von internationalen Austauschprojekten verbunden ist, sehr hoch ist. Trotzdem ist meine vordringliche Aufgabe in der aktuellen Situation, die Unterrichtsversorgung abzusichern. Daher kann ich im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler nur an die Lehrkräfte appellieren, das Engagement, das sie bisher hatten, weiterhin beizubehalten. Gerade deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei meinen Lehrkräften bedanken,

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)*

die sich im Sinne des internationalen Austausches tagtäglich an unseren Schulen engagieren und einbringen, wie dies bspw. in besonderem Maße in den Netzwerken der Europaschulen und der UNESCO-Projektschulen geschieht.

*(Marco Tullner, CDU: Sehr gut!)*

Auch wenn der internationale Schüler- und Jugendaustausch besonders von den Auswirkungen der Coronapandemie betroffen war, konnten wir dank der getroffenen Maßnahmen und des großen Engagements der Akteure im Bereich Schule und Jugend in den vergangenen Jahren viel erreichen. Ich nenne jetzt bloß einmal stichpunktartig das auslaufende Programm „Erasmus+“, das wir mit dem Konsortium von

„Go Europe“ und der Bildungsnetzwerk Magdeburg gGmbH in Sachsen-Anhalt sozusagen wieder aufgelegt haben. Somit besteht für mehr Schulen ein niedrigschwelliger Zugang zu dem Programm „Erasmus+“. Damit ist auch ein niedriger Verwaltungsaufwand verbunden.

Informationen zu angebotenen Programmen werden unseren Lehrkräften regelmäßig über den Bildungsserver und in diversen Fortbildungen zur Verfügung gestellt. In diesem Schuljahr führen wir erstmalig das Programm „USA for you“ durch, womit 15 Sekundarschülerinnen und Sekundarschülern unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern einen Aufenthalt in den USA ermöglicht wird. In dem Alternativantrag steht auch, dass das sozusagen weiter fortgesetzt wird.

Auch die Zusammenarbeit mit Frankreich und unserer Partnerregion muss ich jetzt hier, denke ich, nicht noch einmal ausdrücklich betonen. Das ist eben, glaube ich, auch in der Europadebatte ausführlich zur Sprache gekommen. Ich kann Ihnen auch diesbezüglich im Hinblick auf unsere Partnerregion in Frankreich versichern: Das 20-jährige Jubiläum werden wir natürlich auch hier mit einem geeigneten Anlass begehen. Wir haben diesen Anlass auch als Gelegenheit dafür genommen, gemeinsame Fortbildungen und eine gemeinsam geplante Schulpartnerbörse zu organisieren.

Erwähnen möchte ich auch noch die Fachtagung der UNESCO-Projektschulen, die im September 2024 in Halle stattfinden wird. Unsere UNESCO-Projektschulen leisten eine sehr wertvolle Arbeit, die damit auch bundesweit sichtbar gemacht werden wird.

An der Stelle bitte ich um die Annahme unseres Alternativantrags. Ich möchte an der Stelle

auch um weitestgehendes Verständnis bitten, dass wir ein solches Modellprojekt an solchen Schulen jetzt nicht durchführen können, auch aufgrund der Lage, die wir zu verzeichnen haben. Aber wir werden die Lehrkräfte natürlich weiterhin in dem Maße unterstützen, wie es uns gemeinsam gelingt. Das LISA und das Landesschulamt sind sehr sensibilisiert. - Mein herzlichster Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Zustimmung bei der CDU und von Minister Sven Schulze - Marco Tullner, CDU: Sehr gut!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Feußner. - Für die SPD-Fraktion Frau Pähle, bitte.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das ist ein Thema, bei dem im Bildungsbereich, glaube ich, zwischen allen Fraktionen große Einigkeit besteht. Der internationale Schüleraustausch sowohl in der Europäischen Union als auch darüber hinaus - die Ministerin hat die USA angesprochen - ist etwas, das, glaube ich, wahrscheinlich sogar alle hier im Hohen Haus befürwortet werden.

Dabei geht es tatsächlich darum, sich den Horizont zu weiten, etwas anderes kennenzulernen als das, was man jeden Tag sowohl in Schule als auch - die Ministerin hat darauf hingewiesen: bei dem Jugendaustausch geht es nicht nur um Schülerinnen und Schüler - in seinem alltäglichen Umfeld erlebt. Es geht darum, dadurch etwas fürs Leben zu lernen, wie es so schön heißt.

Sie finden in dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen genau die Unterstützung für diese Maßnahmen noch erweitert um den Punkt „Lehramt international“. Warum? - Wir wissen, dass der DAAD darum wirbt, dass insbesondere Lehramtsstudierende innerhalb ihres Studiums ins Ausland gehen. Jetzt wissen wir, dass das Lehramtsstudium sicherlich sehr spezifisch ist. Dennoch kann es auch in diesem Zusammenhang nicht schaden, die Nase tatsächlich auch einmal in andere Länder zu stecken, um zu erfahren, wie dort Lehramtler auf ihren Beruf vorbereitet werden.

Ich möchte deshalb um Zustimmung zu dem Alternativantrag der Koalition werben. Ich habe aber vielleicht noch eine Anregung für uns alle, die nicht in dem Alternativantrag zu finden ist. Wir wissen, dass wir in Sachsen-Anhalt Gemeinden haben, die - meistens jedenfalls - internationale Partnerregionen haben. Lassen Sie uns an der Stelle über unsere Gemeinden, unsere Kommunen doch einmal darüber reden, wie z. B. auch dort Partnerschaften aufgebaut werden können, die nicht nur über Schule funktionieren, sondern die tatsächlich Jugendliche zusammenbringen, damit man sich hier oder dort kennenlernt, miteinander Zeit verbringt und, wie gesagt, auch einmal in die Schuhe des anderen schlüpfen kann. Ich glaube, für das, was wir alle uns vornehmen, nämlich Sachsen-Anhalt zu einem weltoffenen und toleranten Land zu entwickeln, kann das nur gut sein. Deswegen glaube ich: Das ist eine Anregung, die wir alle mit in unsere Wahlkreise nehmen können, um dafür zu werben, dass das, auch ohne dass es allein über Schule stattfindet, funktionieren könnte und funktionieren müsste.

*(Zustimmung bei der SPD und von Jörg Bernstein, FDP - Ministerin Eva Feußner: Jawohl! Sehr gut!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Frau Dr. Pähle, es gibt eine Anfrage von Herrn Lange.

**Hendrik Lange (Die Linke):**

Frau Pähle, ich denke auch, dass der Gedanke des internationalen Austauschs großartig und wichtig ist, um sich kennenzulernen. Natürlich gibt es auch andere Möglichkeiten, Europa richtig spürbar zu machen. Eine Idee war tatsächlich, dass jedem jungen Menschen mit 18 Jahren ein Interrail-Ticket in die Hand gedrückt wird und er beliebig eine Saison lang durch Europa reisen kann. Was halten Sie von dieser Idee?

*(Minister Sven Schulze: Sehr gut! EVP-Position!)*

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Herr Lange, ich weiß, dass auch in diesem Jahr wieder ein größeres Kontingent von solchen Interrail-Tickets durch die Europäische Union quasi ausgegeben werden wird. Man kann sich dafür bewerben. Das wird nicht für jeden Jugendlichen reichen. Aber es ist ein guter Anfang, an der Stelle nämlich genau das zu tun: die Möglichkeit zu geben, und das manchmal auch ohne Programm, sondern tatsächlich aus eigener individueller Motivation heraus, sich die europäischen Nachbarländer anzuschauen, um tatsächlich zu schauen, wie das Leben dort ist.

Von der Warte her, glaube ich, hat die Europäische Union schon viel Gutes auf den Weg gebracht. Ich bin gespannt, ob diese Idee nach der Europawahl nicht nur fortgesetzt,

sondern vielleicht auch ausgebaut wird. Ich bin mir sicher, dass wir viel davon profitieren können.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Jörg Bernstein, FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Dr. Pähle.- Für die AfD-Fraktion spricht Herr Köhler.

**Gordon Köhler (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte zu einem solchen Antrag wurde bereits geführt, und zwar in Niedersachsen. Im Niedersächsischen Landtag haben GRÜNE und SPD einen gemeinsamen Entschließungsantrag mit gleichem Inhalt bereits ausführlich diskutiert. Wenn man schon von anderen Parteien abschreiben muss - man muss festhalten, ganze Absätze wurden per Copy-and-Paste zusammengeführt -, dann unterstreicht das nicht nur Ihre inhaltliche Leere, sondern auch Ihre Bedeutungslosigkeit. Daher erst einmal: danke für diesen politischen Offenbarungseid.

*(Beifall bei der AfD)*

Nun gut, halten wir erst einmal fest: Der internationale Schüler- und Jugendaustausch ist bereits gängige Praxis, auch hier in Sachsen-Anhalt. Ich kann mich noch gut daran erinnern: In den 1990er-Jahren hatte meine Familie auch einen französischen Austauschschüler zu Gast. Wie in dem niedersächsischen Entschließungsantrag richtig beschrieben wurde, ermöglicht dieser Austausch einen Einblick in andere Kulturen und natürlich auch, den Horizont zu erweitern.

Um also keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir als AfD befürworten den internationalen Schüler- und Jugendaustausch. Denn wer das Fremde kennt, der lernt in der Regel auch, das Eigene zu schätzen und zu lieben.

Aber wozu dieser Plagiatsantrag? - Ich muss sagen, Frau Hohmann, die Einbringungsrede selbst empfand ich doch ein bisschen als fad. Sie haben von mehr Mitteln gesprochen, man müsse institutionalisieren, man müsse mehr Flyer drucken. Ich muss sagen, ich finde es schon ziemlich hemdsärmelig, wenn man dann Bürokratie produziert. Man sollte, glaube ich, die Prozesse eher verschlanken.

Aber vielleicht noch ein anderer Gedanke. Sie als Linke diskutieren und argumentieren immer vom Standpunkt der Utopie aus: Was wäre wünschenswert, was sollte sein? Wir sind eher rational und diskutieren vom Istzustand aus. Halten wir fest: Bei dem derzeitigen Stand der fehlenden Unterrichtsversorgung leiden auch die Fremdsprachenkompetenzen. Wenn bspw. die Hälfte der Klasse dadurch das Klassenziel nicht erreicht, dann erübrigen sich auch Diskussionen über den Schüleraustausch.

Langer Rede kurzer Sinn: Diesem Plagiat stimmen wir nicht zu. Zu dem Alternativantrag der regierungstragenden Koalition: Sie hat ihn zumindest selbst geschrieben. Deswegen enthalten wir uns diesbezüglich der Stimme. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Ganz stark, Gordon! Ganz stark! - Zuruf von der AfD: Hervorragend! Super!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Für die FDP-Fraktion Herr Bernstein, bitte.

**Jörg Bernstein (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! - Liebe Fraktion Die Linke, liebe Kollegin Hohmann, ich darf sagen: Mit dem Antrag rennen Sie bei uns quasi offene Türen ein,

*(Eva von Angern, Die Linke: Ja, so sind wir!)*

und zwar in der Form, dass wir so etwas - denken wir einmal mehr als zwei Jahre zurück - schon in unseren Koalitionsvertrag geschrieben haben. Ich habe mich vorher als Lehrer schon länger mit diesem Thema beschäftigt. Daher war es mir auch ein echtes Bedürfnis, im Koalitionsvertrag mit unterzubringen, dass man jedem Schüler, jeder Schülerin einen internationalen Austausch ermöglichen möge. Auch im Landeshaushalt sind an vielen Positionen entsprechende Mittel für die Möglichkeit vorgesehen - auch unabhängig vom Europagedanken -, die eigene kleine Welt einfach einmal zu verlassen. Wie gesagt, im Koalitionsvertrag wurde das als klares Ziel definiert.

Auch wurde das Ziel definiert, ein parlamentarisches Partnerschaftsprogramm aufzulegen. Jetzt führe ich einmal eine ganz verrückte Idee an: Wenn alle Kollegen hier, alle 97 Abgeordneten pro Monat 100 € in den Topf hauen würden, dann würde eine ganze Menge zusammenkommen. Das wäre dann vielleicht ein echtes parlamentarisches Partnerschaftsprogramm, das man dafür einsetzen könnte, um z. B. vergünstigte Interrail-Tickets auszugeben. Dann könnte man sich an den eigenen Worten messen lassen. Ich wäre dabei. - Gut.

Das Thema „USA for you“ wurde schon angesprochen. Mir ist ganz besonders wichtig, auch darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um ein Programm handelt, das vor allem die

Schülergruppen bzw. Schüler adressiert, die üblicherweise nicht zu der Klientel der Austauschschüler zählen. Es geht also wirklich um Sekundarschüler. Wenn man aus einem ganz anderen Zusammenhang heraus z. B. bei Lerncamps dabei war, dann hörte man von den Teamern oft, es sind Schülerinnen und Schüler dabei, die ihr Ortseingangsschild erstmals von der anderen Seite gesehen haben. Das sind Punkte, bei denen man sagen muss, es ist es super, wenn man hierfür tatsächlich Geld in die Hand gibt und diesen Schülern und Schülern einen kostenfreien Auslandsaufenthalt ermöglicht.

Das Thema der Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen an den Schulen bei der Planung von solchen Austauschprogrammen wurde schon angesprochen. Die Frage eines Landeskonsortiums, welches für das Programm „Erasmus+“ quasi zentral die Akkreditierung übernimmt, wurde in unserem Alternativantrag mit formuliert. Das ist erst einmal gut, aber ich sage speziell als Vertreter der Freien Demokraten: Wir sind natürlich immer dafür, Bürokratie abzubauen. Demzufolge - -

*(Marco Tullner, CDU: Die freien Bürokraten?)*

- Demokraten, lieber Kollege Tullner,

*(Marco Tullner, CDU: Ach, Demokraten! - Lachen bei der CDU)*

nicht „freie Bürokraten“. Also, das wäre ein bisschen sehr abgefahren.

Wie gesagt, geht unsere Zielrichtung natürlich dahin, dass man sagt, man vereinfacht die ganze Geschichte grundsätzlich. Denn es kann nicht Sinn der Sache sein, dass es Agenturen im Hintergrund gibt, die sich um die Administration solcher Programme kümmern und

letztlich ihr Geschäftsmodell daran ausrichten. Aber, wie gesagt, diese Unterstützung ist wertvoll, gerade bei dem auch von mir zitierten Austauschprogramm „USA for you“.

Es muss die Balance gewichtet werden zwischen den Möglichkeiten zum Austausch auf der einen Seite und den Entlastungsmöglichkeiten für die Kolleginnen und Kollegen auf der anderen Seite. Aus dem Grunde bitte auch ich Sie sehr herzlich darum, unserem Alternativantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Sziborra-Seidlitz. - Bitte.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Für meine Kinder ist ein freies Europa, ist eine starke EU selbstverständlich: offene Grenzen, eine gemeinsame Währung, europaweite Möglichkeiten zu leben, zu wohnen, zu arbeiten, zu bezahlen. Anders kennen es die jungen Generationen nicht. Und das ist gut so. Das ist ganz wunderbar im Sinne eines dauerhaften Friedens in Europa, eines Friedens, der mit dem Angriffskrieg Russlands plötzlich nicht mehr so selbstverständlich ist, wie er lange war. Umso wichtiger ist es, europäische Verständigung zu stärken. Das funktioniert hervorragend über Auslandserfahrungen im jungen Alter, über Austauschprogramme. Die Europaschulen sind dafür Leuchttürme im Land, die es natürlich gilt, zu unterstützen und zu stärken.

Dem Antrag ist sonst, ehrlich gesagt, nicht viel hinzuzufügen. Der Anlass, die Europawahl mit dem drohenden Erstarken EU-feindlicher Parteien, liegt auf der Hand. Europäische Verbindungen zu knüpfen, ist wichtig wie nie. Und klar: Das beginnt an den Schulen. Das beginnt bei der jungen Generation. Natürlich stehen die Austauschprogramme wie „Erasmus+“ im Zeichen europäischer Einigung. Für die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler stellen sie aber auch biografisch wertvolle Erfahrungen dar und können gerade auch denjenigen Jugendlichen neue Horizonte eröffnen, denen diese zu Hause verschlossen bleiben. Reisen ins Ausland sind längst nicht für alle Familien der Standardurlaub.

Mit fremden Sprachen, fremden Kulturen und neuen Landschaften in Kontakt zu kommen, gehört nicht für alle Kinder in unserem Land zum Sommerprogramm. Umso wichtiger ist es, dass wir die Austauschprogramme im Land ohne ökonomische Hürden errichten, dass Schulen bei ihren Planungen auf sozialverträgliche Kosten achten, dass die Schulen über die Möglichkeiten wie das Auslandsschüler-Bafög informieren, dass der Schüleraustausch auch für Familien offensteht, die aufgrund eigener beengter Wohnverhältnisse vielleicht nicht im Gegenzug Gast Schülerinnen aufnehmen können.

Zu diesem inklusiven Ansatz gehört auch: Wir müssen auch an Förderschulen und an Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen denken.

*(Zuruf: Was?)*

Barrierefreie Austauschprogramme sind dafür zentral.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Die Austauschprogramme entfalten dann ihre Wirkung, wenn eben nicht nur Gymnasialschüler aus gut betuchtem Elternhaus auf Reisen gehen, sondern wirklich alle jungen Menschen diese Chance erhalten.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Auch und gerade um dies zu gewährleisten, kann der Einsatz von internationalen Koordinatorinnen und Koordinatoren an beruflichen und allgemeinbildenden Schulen, wie ihn Die Linke fordert, sinnvoll sein.

Wenn nämlich die Austauschprogramme so nicht nur nebenbei mitlaufen und von überlasteten Lehrerinnen und Schulen organisiert werden, können dafür dann auch umfassende und eben inklusive Konzepte erarbeitet werden.

Die Zustimmung zum Antrag versteht sich für alle überzeugten Europäerinnen von selbst. Vielen Dank dafür.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Borchert.

**Carsten Borchert (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Internationaler Jugendaustausch ist gelebte Praxis. Es wäre sicherlich schön, wenn es selbstverständlich wäre, dass möglichst alle Kinder und Jugendlichen davon profitieren könnten. Aber das werden wir leider nicht schaffen, weil es ein schöner Traum, in der Umsetzung unrealistisch ist.

Das ist genauso ein schöner Traum wie das, was wir vor Monaten beschlossen haben: dass alle Schüler im Laufe ihrer Schullaufbahn einmal zu Besuch in diesem wunderschönen Landtag sein dürften und könnten. Ich glaube, das ist in der Praxis auch unmöglich. Aber es ist ein Traum.

Aber jeder Jugendliche, dem wir einen Auslandsaufenthalt ermöglichen können, sei es nur durch Koordination und Unterstützung der Schulen, ist ein Erfolg. Der Antrag der Fraktion Die Linke - vorgetragen von der von mir aufgrund ihres Fachwissens und ihrer menschlichen Qualitäten sehr geschätzten Kollegin Hohmann -

*(Oh! bei der AfD)*

trifft auch bei der Regierungskoalition auf offene Ohren.

*(Beifall bei der Linken)*

Meine Koalitionspartner haben das schon gesagt. Das stößt logischerweise nicht auf taube Ohren. Sie mag uns verzeihen, dass wir in unserem vorliegenden Alternativantrag einige Dinge gekürzt und verändert haben, aber immer im Interesse der Sache.

Ich muss jetzt nicht auf den Vorzug, den Sinn auch und auf die Probleme oder die Bedeutung von Schüleraustauschprogrammen eingehen, um mich nicht zu wiederholen. Das haben meine Kolleginnen und Kollegen vor mir schon intensiv getan.

Ich möchte nur noch kurz schnell die Unterschiede unseres Alternativantrags im Vergleich zu dem Antrag der Linken verdeutlichen. Es wäre, glaube ich, nicht richtig - falls es die FDP interessiert -,

*(Zuruf von der FDP: Das interessiert sie immer! - Zuruf von der AfD: Das interessiert sie nicht!)*

in den Schulen Lehrerinnen oder Lehrer durch sogenannte §-10-Stunden weiter zu binden. Uns fehlen jetzt schon so viele Stunden. Unsere Ministerin hat es gesagt: Ihre oder unsere Priorität ist die Unterrichtsversorgung. Der Antrag ist eine gute Idee, aber halt nicht umsetzbar.

Wir favorisieren, wie das in dem Alternativantrag steht, ein finanziertes Landeskonsortium für den Schulbereich - für den Schulbereich, betone ich - für die Umsetzung von Erasmus, welches Lehrkräften zeitintensive Koordinations- und Organisationsaufgaben abnimmt und

*(Zuruf von der CDU: Eben!)*

den Schulen den Zugang zu EU-Bildungsprogrammen erleichtern soll.

*(Zuruf von der CDU: Eben!)*

Bürokratischen Aufwand vereinfachen - da sind wir mit den Linken einer Meinung. Dabei sind wir alle einer Meinung. Bürokratie frisst uns in Deutschland langsam auf.

*(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Eben!)*

Austausch zwischen Frankreich und neuen Ländern. Das muss den Schulen überlassen werden, die auch Französisch als Unterrichtsfach haben. Das kann man verbessern,

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

aber das müsste mit den Schulen passieren.

*(Unruhe)*

Wir möchten intensiver Lehrerassistenten aus anderen Ländern nach Sachsen-Anhalt holen, um das Lehrpersonal in unseren Schulen zu unterstützen. Das empfinden wir als sehr wichtig, um mit solch einer Maßnahme nicht nur auf dem Dienstweg, sondern auch mit dem Herzen und im persönlichen Austausch Schüleraustausche zu organisieren; denn eines habe ich in meinem Leben gelernt: Alles, was von oben vorgegeben wird, setze ich nur dann um, wenn ich dazu auch eine Beziehung habe, oder ich muss es tun. Aber wenn wir es schaffen - das hat auch Frau Dr. Pähle gesagt -, unsere Studenten mehr zum Studium ins Ausland zu bringen, die dann dasselbe dort machen, um dann wiederzukommen und an den Schulen, an die sie gehen, dann zu sagen: Wir bauen etwas auf, das von Herzen kommt, weil ich mich damit persönlich identifiziere, dann ist das auch ein Weg, der nicht falsch ist.

Alle Kolleginnen und Kollegen haben gesagt, dass wir mit dem Programm „USA for you“ ein Zeichen gesetzt haben.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Kommst du bitte zum Schluss.

**Carsten Borchert (CDU):**

Ich möchte mit den Worten schließen bzw. kann sagen, dass wir damit unserem Ministerpräsidenten einen großen Gefallen getan haben; denn der hat vor Monaten einmal ein großes Zeitungsinterview gegeben und hat gesagt, die Beziehungen zwischen den USA

und Sachsen-Anhalt müssen dringend intensiviert werden und Sachsen-Anhalt muss bekannter gemacht werden. Mit diesem Programm, das wir jetzt selbst finanzieren, machen wir Bildungsleute bzw. der ganze Landtag, der das beschlossen hat, einen Anfang. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Als letzte Debattenrednerin noch einmal Frau Hohmann. - Bitte.

**Monika Hohmann (Die Linke):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich nicht noch einmal nach vorn kommen, aber da mir die AfD Plagiat vorgeworfen hat, möchte ich sagen, dass die AfD nicht gut genug recherchiert hat.

*(Guido Kosmehl, FDP: Wieso? - Zuruf von der SPD)*

Sie haben nur Niedersachsen gefunden. Aber dann hätten Sie sicherlich in unserem Antrag auch Hessen gefunden; denn aus Hessen haben wir auch etwas übernommen.

*(Tobias Rausch, AfD: Nicht „übernommen“! Eins zu eins abgeschrieben! Das ist nicht Übernehmen, sondern Abschreiben, ein Plagiat! - Weitere Zurufe von der AfD - Unruhe)*

Wissen Sie, warum?

*(Unruhe)*

Weil wir seit vier Jahren ein Partnerschaftstreffen der Bundesländer mit dem Programm „Austausch macht Schule“ haben und dabei auch die Bundesländer und die jeweiligen Fraktionen vor Ort sind. Allerdings: In den ganzen Jahren war noch nicht ein einziges Mal die AfD da. Wahrscheinlich aus gutem Grund.

*(Beifall bei der Linken)*

Da die Themen und die Anforderungen in jedem Bundesland die gleichen sind, weil die Problemstellungen die gleichen sind, habe ich logischerweise - warum soll ich das Rad zweimal erfinden? - das genommen.

*(Lachen bei und Zurufe von der AfD)*

Ich hätte es auch gut umschreiben können.

*(Unruhe bei der AfD)*

Aber ich meine, im Gegensatz zu Ihnen, woher eigentlich gar nichts kommt -- Es ist auch verwunderlich, wenn Sie sowieso recherchiert haben, warum haben Sie dann nicht recherchiert, dass z. B. die AfD-Fraktion diese Anträge in den anderen Bundesländern abgelehnt hat? Und heute stimmen Sie zu.

*(Zurufe von der AfD)*

Das ist auch interessant zu wissen.

*(Zuruf von der AfD: Buh!)*

Aber es ist egal. Wichtig ist doch, dass das Thema behandelt worden ist.

*(Unruhe bei der AfD)*

Wichtig ist, dass wir daran arbeiten. Wichtig ist auch, dass die demokratischen Fraktionen

heute hier Einigkeit gezeigt haben. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der Linken)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Hohmann. - Damit sind wir am Ende der Debatte.

**Abstimmung**

Ich habe nichts von einer Überweisung in einen Ausschuss gehört. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in der Drs. 8/4033. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktionen Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen im Haus.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 8/4076. Wer stimmt dem zu? - Das sind Die Linke, die GRÜNEN und die Koalition. Wer stimmt dagegen? - Keiner. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion der AfD.

**Schlussbemerkungen**

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Morgen, wie bereits gesagt, beginnt die 65. Sitzung um 8:30 Uhr. Wir denken daran: Wir fangen mit einer Aktuellen Debatte an, danach wird ordentlich gewählt und anschließend geht alles Weitere seinen Gang. - Dann: Gutes Gelingen! Damit ist die Sitzung beendet.

Schluss: 18:08 Uhr.